



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

26. Jahrgang · Heft 2

Februar 1974

Aufsätze: Zur Reallohnentwicklung
 Zur Getreideernte 1973
 Güterumschlag in den Häfen
 Kapitalgesellschaften

Kurzberichte: Lohnsteuerpflichtige

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1972	1973	Veränderung in %	
		Monatsdurchschnitt Juli bis November			
INDUSTRIE¹					
Produktionsindex	1962 = 100	168	182	+	8
Beschäftigte	1 000	188	189	+	0
Umsatz ²	Mill. DM	1 320	1 458	+	11
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	22	22	+	1
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT					
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	9,0	8,3	-	8
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	2 746	2 020	-	26
HANDEL					
Ausfuhr	Mill. DM	283,6	293,9	+	4
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	214,7	247,5	+	15
VERKEHR					
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	7 345	6 236	-	15
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)					
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962 = 100	107,2	127,0	+	18
Grundstoffpreise ³	1962 = 100	110,1	122,6	+	11
Erzeugerpreise					
industrieller Produkte ³	1962 = 100	116,9	125,6	+	7
landwirtschaftlicher Produkte ³	1961/63 = 100	115,9	120,9	+	4
Lebenshaltung ⁴					
insgesamt	1970 = 100	112,2	120,0	+	7
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	111,2	118,4	+	6
GELD UND KREDIT					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite ⁵	Mill. DM	4 358	4 941	+	13
mittel- und langfristige Kredite ⁶	Mill. DM	15 403	17 282	+	12
Spareinlagen	Mill. DM	6 934	7 295	+	5
STEUERAUFKOMMEN					
Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer ⁷	Mill. DM	94	92	-	2
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	39	46	+	19
Lohnsteuer	Mill. DM	134	171	+	28
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	201	237	+	18

- 1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke 2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer
3) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 4) alle privaten Haushalte 5) an die Nichtbankenkundschaft
6) an die Nichtbankenkundschaft; einschließlich durchlaufender Kredite 7) einschließlich Einfuhrumsatzsteuer

INHALT 2/74

	Seite
Aktuelle Auslese	25
Aufsätze	
Versuch zur Bestimmung der Reallohnentwicklung	26
Zur Getreideernte 1973	33
Der Güterumschlag in den Häfen 1972	37
Die Entwicklung der Kapitalgesellschaften in Schleswig-Holstein von 1968 bis 1972	43
Kurzberichte	
Über 790 000 Lohnsteuerpflichtige in Schleswig-Holstein	48
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven B (Industrie)	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 7 / 1973

Bruttoinlandsprodukt 1972
Bautätigkeit 1972
Nord-Ostsee-Kanal
Binnenfischerei
Vergehen im Straßenverkehr
Industrieproduktion

Heft 8 / 1973

Berufspendler
Erbschaften und ihre Besteuerung
Ackerbau
Arbeitsverdienste

Heft 9/10 - 1973

Zur Bildungswanderung der Studenten
Abiturienten-Berufswünsche ohne Studium
Kraftfahrzeugbestand
Gestorbene 1971
Erwerbsobstbau

Heft 11/12 - 1973

Erwerbstätigkeit (Teil 2)
Beschäftigtenstruktur Industrie
Kooperation in der Landwirtschaft
In eigener Sache

Heft 1 / 1974

Bruttoinlandsprodukt, Kreise
Betriebssysteme Landwirtschaft
Auftragslage im Baugewerbe



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

26. Jahrgang · Heft 2

Februar 1974

Aktuelle Auslese



Wirtschaftswachstum 1973 in Schleswig-Holstein entspricht Bundesdurchschnitt

Das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen hat 1973 – nach den Ergebnissen der Schnellrechnung – in Schleswig-Holstein einen Wert von 31,4 Mrd. DM erreicht. Das entspricht einer Zuwachsrate von 11,9 % gegenüber 1972. Schleswig-Holstein hat danach mit der wirtschaftlichen Entwicklung im Bundesgebiet Schritt gehalten, wo die entsprechende Zuwachsrate 12,0 % betragen hat.

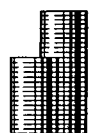
Schließt man die Preisentwicklungen aus, so ergibt sich ein realer Zuwachs von 4,9 % in Schleswig-Holstein und von 5,5 % im Bundesgebiet. Diese etwas geringere reale Zunahme wird durch die Dienstleistungsbereiche und die Landwirtschaft bewirkt, die in Schleswig-Holstein einen größeren Anteil am Bruttoinlandsprodukt haben als im Bundesdurchschnitt.

Nach diesen ersten Ergebnissen betrug der Preisanstieg aller Waren und Dienstleistungen, die in das Bruttoinlandsprodukt einbezogen wurden, 1973 gegenüber 1972 in Schleswig-Holstein 7,0 % und im Bundesgebiet 6,5 %.



Starker Rückgang der genehmigten Wohnungen

Im Jahr 1973 wurden in Schleswig-Holstein von den Bauaufsichtsbehörden 27 663 Wohnungen zum Bau freigegeben. Das sind 6 579 oder 19,2 % weniger als 1972. Trotz des Nachfragerückgangs stellt diese Zahl immer noch ein beachtliches Ergebnis dar; denn der Hochbau kann auf die Dauer nicht an den Rekordergebnissen der Jahre 1971 und 1972 mit 34 557 und 34 242 genehmigten Wohnungen gemessen werden. Diese rückläufige Entwicklung ist zweifellos auf die stabilitätspolitischen Maßnahmen von Bundesregierung und Bundesbank zurückzuführen, die aber erst in der zweiten Jahreshälfte voll zur Wirkung kamen.



Sprunghafter Anstieg der Zahlungsschwierigkeiten

Die Zahl der wirtschaftlichen Zusammenbrüche erreichte 1973 in Schleswig-Holstein mit 210 gerichtlich registrierten Insolvenzen den höchsten Stand seit 17 Jahren. Die Zahl der Konkurse (einschließlich Anschlußkonkurse) stieg auf 195, die der Vergleichsverfahren

auf 15. Im Jahre 1972 hat es insgesamt 165 Insolvenzen gegeben. Damit hat die Zahl der Insolvenzen 1973 gegenüber 1972 um 27 % zugenommen. Die voraussichtlichen Gläubigerforderungen stellten sich 1973 in 152 Konkursen auf insgesamt 73 Mill. DM; in 43 Fällen waren sie noch unbekannt. Im 4. Quartal 1973 war die Zahl der Zusammenbrüche mit insgesamt 76 Konkursen und 6 Vergleichsverfahren besonders groß.

Von den Insolvenzen des Jahres 1973 entfielen 156 Konkurse und 13 Vergleichsverfahren auf Erwerbsunternehmen. In 70 Fällen mußte die Eröffnung eines Konkursverfahrens mangels einer die Kosten deckenden Masse abgelehnt werden. Das Baugewerbe war mit 36 Konkursen und 4 Vergleichsverfahren am stärksten betroffen. 1972 waren in dieser Branche nur 15 Konkurse gemeldet worden.



Steuereinnahmen 1973 um 16 % gestiegen

Der Bund, das Land, die Gemeinden und Kreise haben im Jahre 1973 in Schleswig-Holstein fast 7,4 Mrd. DM an Steuern eingenommen. Das sind über 1 Mrd. DM oder 16,1 % mehr als 1972. Von den Steuereinnahmen flossen dem Bund fast die Hälfte, nämlich 3,6 Mrd. DM, zu, dem Land 2,8 Mrd. DM und den Kommunen 1 Mrd. DM. Während die Steuereinnahmen des Landes 1973 gegenüber 1972 um 15,7 % und die des Bundes um 15,1 % gestiegen sind, haben die Steuereinnahmen der Gemeinden und Kreise um ein Fünftel (20,6 %) zugenommen.

Steuereinnahmen	1972	1973	Zunahme in %
	Mill. DM		
Bund	3 090	3 558	15,1
Land	2 415	2 794	15,7
Gemeinden und Kreise	829	1 000	20,6

Das größte Aufkommen erbrachte wiederum die Lohnsteuer. Jede vierte Mark der gesamten Steuereinnahmen floß aus dieser Quelle. Die Schleswig-Holsteiner mußten fast 2 Mrd. DM – das sind 22,7 % mehr als 1972 – an Lohnsteuer zahlen. Kräftig gestiegen sind auch die Einkommensteuer (+ 23,3 % auf 867 Mill. DM) und die Gewerbesteuer (+ 25 % auf 486 Mill. DM), während die Umsatzsteuer (- 2,7 % auf 818 Mill. DM) und die Grundsteuer A (- 0,9 % auf 28 Mill. DM) rückläufig waren.

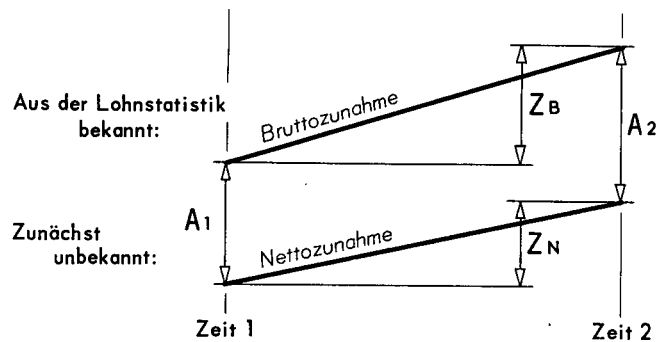
Versuch zur Bestimmung der Reallohnentwicklung

Seit altersher ist es in der Statistik üblich, die Entwicklung der Löhne und Gehälter zu beschreiben. In einer Periode gleichbleibender oder nur vereinzelt steigender Preise konnte diese Veränderung als solche des Lebensstandards oder des materiellen Wohlstandes angesehen werden. Wenn jedoch nicht nur einzelne Preise sich ändern, worin ein normaler Marktmechanismus zum Ausdruck kommt, sondern das ganze Preisniveau nachhaltig steigt, wie es seit vielen Jahren in der Bundesrepublik der Fall ist, dann muß dies ohne Zweifel bei einer Untersuchung der Lohnentwicklung berücksichtigt werden. Eine Verdienstreihe wird deshalb durch Verrechnung mit einer Preisreihe "preisbereinigt", denn ein Lohn interessiert nicht als nominale Größe, als Geldbetrag, sondern als reale Größe, als Gegenwert für Waren und Leistungen.

Gerade in bezug auf diese Eigenschaft haftet den bisher¹ verwendeten Zahlen über die "Reallohnentwicklung" aber noch ein anderer Mangel an: Der Lohn ist nicht die Summe Geldes, die ausgegeben werden kann, sondern die als Arbeitsverdienst berechnet wird. Dazwischen liegen noch die gesetzlichen Abzüge, nämlich die Lohnsteuer und die Beiträge zur gesetzlichen Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung. Hier gilt nun Analoges wie zur Preisentwicklung: solange die Abzüge auf prozentual gleichem Niveau verharren, können sie für eine Untersuchung der Entwicklung außer Acht bleiben. Gerade diese Eigenschaft haben aber die Lohnsteuer und die Sozialabzüge nicht. Die Verdienstreihe muß also auch "abzugsbereinigt" werden, wenn sie die Entwicklung des materiellen Wohlstandes widerspiegeln soll, und dazu müssen Korrekturen sowohl für die Lohnsteuer als auch für die Sozialabzüge herangezogen werden. Beide sollen im folgenden entwickelt werden.

Das Ziel ist dabei, eine aus der Lohnstatistik bekannte Entwicklung der Bruttoverdienste, die in Form einer prozentualen Zunahme zwischen zwei Zeitpunkten ausgedrückt ist (Z_B), mit Hilfe eines möglichst allgemein verwendbaren Wertes auf jene geringere Zunahme zu reduzieren (Z_N), die für die Entwicklung der Nettoverdienste zwischen diesen zwei Zeitpunkten gilt.

Das Schema macht klar, daß Z_N um eben so viel kleiner als Z_B ist wie der Unterschied zwischen den Abständen A_1 und A_2 , die für die Abzüge (Lohnsteuer und Sozialversicherung)



stehen. Folglich ist die Differenz zwischen den Abzügen in Zeit 1 und 2 das gesuchte Korrektiv.

Die folgende Untersuchung hat einerseits Modellcharakter, d. h. sie legt die hier relevanten Voraussetzungen, Prinzipien und Methoden dar; sie führt aber andererseits auch zu echten Ergebnissen, wie sie der Leser dieser Zeitschrift zu erhalten gewohnt ist, weil durchweg definierte Echtzahlen verwendet werden.

Einfluß der Lohnsteuer

Das Lohnsteuersystem führt auf zweierlei Weise dazu, daß der abzuführende Steuerbetrag relativ stärker ansteigt als der Bruttolohn, von dem er erhoben wird. Diese zwei Ursachen sollen hier direkte und indirekte Progression genannt werden. Direkt progressiv ist der Steuersatz selbst, der mit dem zu versteuernden Einkommen steigt; er beträgt zunächst 19% (Proportionalzone), klettert aber bei höherem Einkommen nach und nach bis zur Höhe von 53%. Indirekt progressiv wirkt die Methode, die individuellen Freibeträge (für den Steuerpflichtigen, seine Kinder, Werbungskosten, Sonderausgaben u. a. m.) vom Bruttolohn abzuziehen, bevor für diesen die Steuer berechnet wird; wenn der Lohn wächst und die Freibeträge konstant bleiben², dann steigt der Rest, auf den die Lohnsteuer erhoben wird, relativ stärker als der Gesamtlohn, so daß, selbst ohne die direkte Progression des Lohnsteuertarifs, auch die erhobene Lohnsteuer schneller wächst als der Bruttolohn.

Ein Beispiel soll diesen Mechanismus der indirekten Progression verdeutlichen: Ein Arbeiter oder Angestellter, verheiratet, 3 Kinder, habe 1968 17 000 DM Jahreseinkünfte gehabt; seine Lohnsteuer machte 6,8% des Bruttolohnes aus. Drei Jahre später verdiente er mit 23 000 DM gut ein Drittel mehr, eine Zunahmerate, die sich für die meisten Arbeitnehmer tatsächlich einstellte. Die Lohnsteuer,

1) zuletzt in "Die Entwicklung der Arbeitsverdienste 1968 bis 1972" in dieser Zeitschrift 1973, S. 188 (August)

2) die Freibeträge steigen in Wirklichkeit auch, wie im folgenden ausgeführt wird

Die Abhängigkeit der Zunahmen von Bruttoverdienst und Lohnsteuer

Beispiele zur Veranschaulichung

	1968	Zu- nahme	1971	1968	Zu- nahme	1971	1968	Zu- nahme	1971	1968	Zu- nahme	1971
Bruttoverdienst in DM	7 600	35,1 %	10 270	10 350	35,3 %	14 000	17 000	35,3 %	23 000	30 000	33,3 %	40 000
Verheiratet, 3 Kinder												
zu versteuern in DM	1 063	213 %	3 326	3 431	91 %	6 561	9 527	54 %	14 628	22 362	41 %	31 628
Lohnsteuer in DM	0	.	0	10	.	604	1 162	83 %	2 130	3 752	66 %	6 234
in % des Bruttoverdienstes	.	.	.	0,1	4,2 P	4,3	6,8	2,5 P	9,3	12,5	3,1 P	15,6
durch indirekte Progression	4,2 P	.	.	2,5 P	.	.	1,4 P	.
durch direkte Progression	-	.	.	-	.	.	1,7 P	.
"Nettoverdienst" ¹ in DM	7 600	35,1 %	10 270	10 340	29,6 %	13 396	15 838	31,8 %	20 870	26 248	28,6 %	33 766
Ledig, 0 Kinder												
zu versteuern in DM	5 715	40 %	8 009	8 111	39 %	11 241	14 207	36 %	19 308	27 042	34 %	36 308
Lohnsteuer in DM	763	57 %	1 197	1 220	55 %	1 890	2 654	59 %	4 211	7 035	54 %	10 856
in % des Bruttoverdienstes	10,0	1,7 P	11,7	11,8	1,7 P	13,5	15,6	2,7 P	18,3	23,5	3,6 P	27,1
durch indirekte Progression	.	1,7 P	.	.	1,2 P	.	.	0,6 P	.	.	0,5 P	.
durch direkte Progression	.	-	.	.	0,5 P	.	.	2,1 P	.	.	3,1 P	.
"Nettoverdienst" ¹ in DM	6 837	32,7 %	9 073	9 130	32,6 %	12 110	14 346	31,0 %	18 789	22 965	26,9 %	29 144

1) noch einschließlich des Arbeitnehmerbeitrages zur Sozialversicherung

die er dann zahlte, lag gerade noch in der Proportionalzone, war aber fast doppelt so hoch wie vor 3 Jahren und machte deshalb jetzt 9,3% seines Bruttolohnes aus. Die Lohnsteuerquote liegt jetzt um 2,5 Punkte höher, und zwar ausschließlich aufgrund der "indirekten" Progression³. Deren Auswirkung läßt sich durch geeignete Wahl des Bruttolohnes, wie hier geschehen, isoliert darstellen.

Bei höherem Einkommen tritt die Wirkung der direkten Progression (höherer Steuersatz) hinzu. Diese Wirkung ist zunächst bei Verheirateten nicht erheblich, wie das Beispiel mit 30 000 - 40 000 DM zeigt, Jahreseinkommen also, die nur von wenigen abhängig Beschäftigten überschritten werden. In diesem Fall steigt die Lohnsteuerquote, aufgrund beider Momente, um 3,1 Punkte. Es läßt sich errechnen, daß 1,4 Punkte davon auf Kosten der indirekten Progression gehen, also 1,7 Punkte auf Kosten der direkten.

Ein Beispiel vom unteren Ende der Verdienststreuung, nämlich mit 10 350 - 14 000 DM zeigt eine Zunahme der Steuerquote um 4,2 Punkte, die nur aus der indirekten Progression stammt. Dieser hohe Wert erwächst aus dem Umstand, daß die Steuerfreibeträge, obwohl sie im Maß der steigenden Sozialabzüge wachsen, bei dem höheren Einkommen geringer zu Buch schlagen als bei dem niedrigeren. Das verbleibende, zu versteuernde Einkommen wächst dadurch auf fast das Doppelte gegenüber dem Zuwachs um ein Drittel beim

Bruttoeinkommen; entsprechend stark steigt auch die Lohnsteuer.

Direkte und indirekte Progression bewirken beide, daß die Lohnsteuer relativ stärker steigt als der Bruttolohn. Während die Wirkung der direkten Progression aber mit steigendem Einkommensniveau zunimmt, ist die Wirkung der indirekten Progression umso größer, je kleiner der Bruttolohn ist. Dieser Sachverhalt ist an dem anderen Beispiel in der Tabelle, dem Ledigen mit 0 Kindern, gut zu erkennen. Bei ihm wirken von der 2. Stufe der Tabelle ab beide Progressionsmomente, aber in verschiedenem Ausmaß. Während der Einfluß der indirekten Progression mit steigender Verdiensthöhe von anfangs 1,7 auf 0,5 fällt, steigt der Einfluß der direkten Progression von 0 auf 3,1.

In diesen Beispielen konnte der Einfluß der Sozialabzüge, denen erst der nächste Abschnitt gewidmet ist, nicht eliminiert werden, obwohl es für das Verständnis besser gewesen wäre, nur lupenreine Elemente zu behandeln. Über die erhöhten Sonderausgaben beeinflussen aber die Sozialabzüge auch die Lohnsteuerquote, und die Beispiele sollten realitätsgerecht bleiben.

Da diese Untersuchung nicht steuersystematischen Problemen dient, sondern lohnstatistischen, soll sie nicht über die gegebenen Beispiele hinaus fortgesetzt werden. Die darin gewählten Verdienste passen einigermaßen zu den wahren Verhältnissen in den Jahren 1968 und 1971; hier erreichte die Verdienstzunahme in Industrie und Handel für die Arbeiter etwa 46%, für die Angestellten etwa 34% und im öffentlichen Dienst für Angestellte und Beamte etwa 25%. Ferner lag 1971 der

3) im Beispiel ist der Effekt der indirekten Progression sogar dadurch gemildert, daß beim höheren Verdienst auch höhere Sozialabgaben angesetzt wurden, die als erhöhte Sonderausgaben steuersenkend wirken; ohne dieses - reale - Moment wäre die - theoretische - Lohnsteuerquote auf 10,0 % und damit um 3,2 Punkte angestiegen

durchschnittliche Jahresbruttoverdienst für die Arbeiter und Angestellten in Industrie und Handel bei etwa 16 300, für die Angestellten und Beamten des Landes und der Gemeinden schätzungsweise bei 20 000 DM. Die Masse der abhängig Beschäftigten ist also 1971 in der Mitte der vier Verdienststufen in der Tabelle zu finden.

Für die hier gestellte Frage mußte ein der Wirklichkeit entsprechender Rahmen abgesteckt werden, denn der gesuchte Wert, der als Korrektiv der steuerbedingten progressiven Kaufkraftminderung geeignet ist, kann wegen der Interdependenzen zwischen Lohnsteuer, Bruttolohn und den Sozialabzügen nicht losgelöst von einem konkreten Bezug gefunden werden. Da der theoretisch ideale Aufwand nicht geleistet werden kann, dieses Korrektiv für alle Zeitvergleiche, alle Lohngruppen, Lohnanstiege und Steuerklassen - von diesen vier Momenten hängt es ab - zu errechnen, muß auf realitätsgerechte Weise vereinfacht werden. Neben der Wahl der absoluten Verdiensthöhe und der Vergleichsjahre geschah dies in der Tabelle noch durch einen unterstellten Verdienstanstieg von 33 - 35% und schließlich durch Beschränkung auf zwei Steuerklassen, die quasi als Extreme gelten sollen und es rechtfertigen, den gesuchten einen Wert etwa in die Mitte sowohl zwischen die hier gewählten Steuerklassen als auch zwischen die gewählten Verdienststufen zu legen. Fragen der Gewichtung können dabei nur ganz vage insofern berücksichtigt werden, als dem Verheirateten ein größeres Gewicht zugeteilt werden soll als dem Ledigen und den mittleren Verdienstgruppen ein höheres als den Außengruppen.

Die Tabelle weist für jeden der Beispielfälle aus, um wieviel sein Brutto- und sein "Nettoverdienst" - hier ist nur der Lohnsteuerabzug berücksichtigt - stieg. Die Differenzen zwischen Brutto- und Nettozunahme haben folgende Werte (Anordnung wie in der Tabelle):

	0,0	5,7	3,5	4,7
(Mittelung)	(1,2)	(4,2)	(3,9)	(5,5)
	2,4	2,7	4,3	6,4

Eine vorsichtige Mittelung aus diesen Werten ergibt mindestens 4,0, wobei die kleineren und größeren Werte umso seltener vorkommen, je weiter sie von 4,0 entfernt sind.

Was bedeuten diese 4,0? Es ist dies der Wert in Prozentpunkten, um den eine Brutto-lohnzunahme (um 33 - 35% zwischen 1968 und 1971) vermindert werden muß, um die erhöhte Abschöpfung durch die Lohnsteuer pauschal zum Ausdruck zu bringen. Dieser Wert hat, so fundiert er ist, doch nur Beispielcharakter. Konkrete Aussagen werden in etwas anderer

Form weiter unten gemacht. Die 4,0 Punkte sind in ihrer Höhe von allen gemachten Annahmen abhängig, am stärksten aber vom gewählten Anstieg des Bruttolohnes zwischen Zeit 1 und Zeit 2, wobei die Zahl der Jahre dazwischen weniger ausmacht. Das für den Einzelfall natürlich höchst bedeutsame Niveau des Bruttolohnes kann dagegen als durch die Methode der Mittelung eliminiert gelten, soweit die Aussage für den Durchschnitt der Arbeitnehmer gültig sein soll. Dasselbe gilt für den Familienstand. Als Versuch einer allgemeingültigen - natürlich auf das derzeitige Steuersystem begrenzten - Aussage sei der Satz formuliert: Von dem über einige Jahre hinweg durch Lohn- und Gehaltssteigerungen erzielten Mehrverdienst geht dem Arbeitnehmer durchschnittlich ein Neuntel durch den überproportionalen Anstieg der lohnsteuerlichen Belastung verloren.

Dies ist der eine Teil der Differenz zwischen brutto und netto, der andere Teil sind die Sozialabzüge.

Einfluß der Sozialabzüge

Jeder abhängig Beschäftigte - außer den Beamten - ist in der gesetzlichen Renten- und in der Arbeitslosenversicherung Pflichtmitglied, und bis zu einem Höchststeinkommen auch in der gesetzlichen Krankenversicherung. Da diese Pflichtversicherungsgrenze für Krankenversicherung nur von höchstens einem Viertel aller unselbständigen Arbeitnehmer überschritten wird, kann ihre Existenz in dieser allgemeinen Betrachtung vernachlässigt werden. Von der Einkommensgrenze für die Versicherungspflicht ist die andere Grenze für die Beitragsbemessung zu unterscheiden.

Das System der Sozialversicherung wirkt ebenfalls, wie das Lohnsteuersystem, im ganzen senkend auf die Entwicklung der Nettolöhne, und zwar dadurch, daß die Beitragssätze den Aufwendungen angepaßt, d. h. (bisher mit einer Ausnahme) erhöht werden. Die Abzüge steigen dadurch im Lauf der Jahre relativ stärker als die Bruttolöhne. Andererseits liegt im System auch ein gegenläufiges Moment, das sich allerdings nur für den einzelnen auswirken kann, wenn er einen starken individuellen Aufstieg schafft, sein Verdienst also erheblich stärker steigt als im allgemeinen Durchschnitt, und wenn dieser einzelne dabei die sog. Beitragsbemessungsgrenze überschreitet⁴. Da sein Versicherungsbeitrag den dieser Grenze entsprechenden

⁴) dies gilt für alle drei Versicherungszweige. Während jedoch in der Krankenversicherung die Leistungen völlig unabhängig vom Beitrag sind, besteht in der Renten- und Arbeitslosenversicherung eine Abhängigkeit

Betrag nicht übersteigt, sein Verdienst aber weiter wächst, sinkt der Anteil der Sozialabzüge und der Nettoverdienst steigt relativ stärker als der Bruttoverdienst. Da die Beitragsbemessungsgrenzen aber jährlich verändert, bis jetzt jedesmal erhöht wurden, und zwar der Entwicklung der durchschnittlichen Bruttoverdienste entsprechend, tritt der geschilderte Fall gerade für die Masse der Arbeitnehmer nicht ein und soll deshalb hier nicht weiter quantifiziert werden. Für das Gros der abhängig Beschäftigten kann der von den Beitragsbemessungsgrenzen ausgehende Einfluß ohnehin vernachlässigt werden, weil ihr Verdienst unter diesen Grenzen (eine für die Renten- und die Arbeitslosenversicherung, eine andere für die Krankenversicherung) bleibt.

Eine quantifizierende Aussage kann nun aber nicht mehr allgemeingültig gemacht, sondern muß auf bestimmte Jahre bezogen werden.

Während den Beispielen zum steuerlichen Einfluß getrost die Jahre 1968 und 1971 zum Muster dienen konnten, weil die gefundene Quote cum grano salis und innerhalb des derzeitigen Steuersystems auch für andere Perioden gilt, soll für die Sozialabzüge eine größere Zahl von Jahren herangezogen werden, um Werte für beliebige Anwendungen zu bieten. Zu den Werten in der nachstehenden Tabelle ist folgendes zu erklären: Die Beitragssätze zur Renten- und Arbeitslosenversicherung werden jährlich von der Bundesregierung einheitlich festgesetzt. Die Beitragssätze der Krankenversicherung werden von jeder einzelnen Krankenkasse (seit 1970 ebenfalls jährlich) festgesetzt, und sie variieren mit der Versichertengruppe (eine Darlegung der ganzen Vielfalt auf diesem Gebiet würde hier zu weit führen). Die in der Tabelle aufgeführten Beitragssätze gelten für die jeweils größte Gruppe der Arbeiter, die bei Orts-, Land-, Betriebs- und Innungskrankenkassen in Schleswig-Holstein versichert sind. Sie repräsentieren nicht die bei den Ersatzkassen Versicherten, also den größeren Teil der Angestellten. Die Werte in den vier ersten Spalten der Tabelle sind die vollen Beitragssätze, der Arbeitnehmer trägt die Hälfte davon (letzte Spalte).

Man sieht, daß die Reihe einmal (1969 - 1971) sogar einen merkbaren Rückgang aufweist. Dort sank der durchschnittliche Beitrag zur Krankenversicherung, weil das Lohnfortzahlungsgesetz ab 1969 den Arbeitgeber in Pflicht nahm. Diese Entlastung der Krankenkassen schlug sich in einer Beitragsminderung nieder.

Der Gebrauch des zweiten hiermit eingeführten Korrektivs zur weiteren Bereinigung einer Reallohnentwicklungsreihe - die Differenz

Beitragssätze in den gesetzlichen Sozialversicherungen¹
in % des Bruttolohnes/gehaltes

	Renten-	Arbeits- losen- versicherung	Kranken- ²	Zusammen	Arbeit- nehmer- beitrag
1957	14,0	2,0	7,47	23,47	11,74
1958	"	"	8,19	24,19	12,10
1959	"	"	8,28	24,28	12,14
1960	"	"	8,36	24,36	12,18
1961	"	"	9,26	25,26	12,63
1962	"	1,4	9,48	24,88	12,44
1963	"	"	9,40	24,80	12,40
1964	"	1,3	9,50	24,80	12,40
1965	"	"	9,77	25,07	12,54
1966	"	"	9,99	25,29	12,65
1967	"	"	10,11	25,41	12,71
1968	15,0	"	10,31	26,61	13,31
1969	16,0	"	10,53	27,83	13,92
1970	17,0	"	8,12	26,42	13,21
1971	"	"	8,02	26,32	13,16
1972	"	1,7	8,47	27,17	13,59
1973	18,0	"	s 9,18	s 28,88	s 14,44

1) genau genommen nur für Arbeiter zutreffend, da die Krankenversicherungssätze für sie gelten

2) bis 1969 für Pflichtmitglieder mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen, ab 1970 für Pflichtmitglieder mit Entgeltfortzahlungsanspruch für mindestens 6 Wochen; das ist jeweils die Hauptgruppe der Versicherten (Änderung bedingt durch das Lohnfortzahlungsgesetz)

zwischen zwei Werten der letzten Spalte der Tabelle - läßt sich angesichts der Unregelmäßigkeit, mit der die Sozialversicherungsbeiträge stiegen, nicht in der Weise generalisieren, wie das beim ersten Korrektiv, die Lohnsteuerquote betreffend, der Fall war. Je nach den gewählten Jahren ist vielmehr dieser Differenz-Wert von dem in Prozent ausgedrückten entsprechenden Verdienstanstieg abzusetzen. Für genaue Berechnungen muß der Differenzwert allerdings noch korrigiert werden, da die Prozentwerte in der letzten Spalte der Tabelle jeweils auf andere konkrete Bruttoverdienste zu beziehen sind, ihre Basis also wechselt. Diese Korrektur vergrößert die Differenzwerte, und zwar um das Produkt aus den Faktoren

"Zuwachs des Bruttoverdienstes" (z. B. 1,35 bei einer Zunahme um 35%)
und "reziproker Nettofaktor" der früheren Zeit (z. B. 1,14).

Der zweite Faktor entsteht folgendermaßen:

Ein Arbeitnehmerbeitrag von z. B. 12,4 % bedeutet eine Nettoquote von $(100 - 12,4 =) 87,6$ %; dies sind als Faktor ausgedrückt 0,876 und reziprok 1,14.

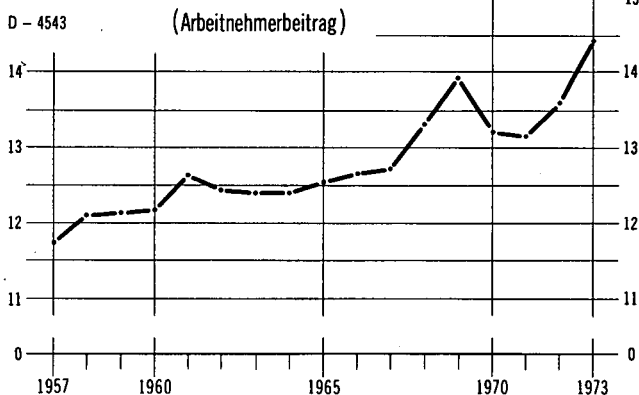
Das Produkt aus 1,35 und 1,14 ist 1,54, und um diesen Faktor wäre die aus der Tabelle entnommene Differenz, z. B. 2,6 Punkte, zu vergrößern; das ergibt 4. Um diese 4 Punkte hat sich der Nettoverdienst wegen überproportionalen Anstiegs der Sozialabzüge weniger erhöht als der Bruttoverdienst, im Beispiel also um 31%.

Aus der Berechnungsweise der korrigierten Differenz wird deutlich, daß sie um so mehr über der einfachen Differenz der Abzugsprozente liegt, je stärker in der betreffenden Zeitspanne der Bruttoverdienst gestiegen ist und je größer der Abzug überhaupt ist (größerer Abzug = kleinere Nettoquote = größerer reziproker Nettofaktor). Da wir eine Periode steigender Abzüge überblicken, folgt allein aus dem letzten Moment, daß die Schere zwischen brutto und netto sich umso weiter öffnet, je später in der Zeit wir uns befinden. Allerdings ist der hiervon ausgehende Einfluß klein gegenüber dem des Bruttoverdienstanstieges.

Die gleiche Korrektur der Abzugsprozent-Differenzen ist natürlich auch bei der Lohnsteuer richtig. In der ersten Tabelle wurden der Einfachheit halber zwar die Nettoverdienste und ihre Zunahmen direkt aufgeführt; die sich daraus ergebenden und im Text zur Ermittlung des Korrektivs 4,0 verwendeten Zahlen sind aber um eben diese Korrektur größer als die in der Tabelle stehenden einfachen Differenzen der Lohnsteuerquoten.

Die Veränderungen der Beitragssätze zu den gesetzlichen Sozialversicherungen sind sehr gering; sie werden nur bei langfristigen Vergleichen, etwa über 10 Jahre hinweg, stärker spürbar. Auch dann kommt es noch darauf an, welche Periode gefragt wird, denn die "Sozialbelastungskurve" des Arbeitnehmers verlief recht ungleichmäßig, wie das Bild zeigt. Die Tabelle macht klar, daß sie die Resultante aus drei weitgehend unabhängigen Komponenten ist.

Die Entwicklung der Sozialabzüge



Die Reallohnentwicklung

Nachdem nun die beiden eingangs geforderten Korrektive gewonnen sind, kann eine konkrete Zeitreihe der realen Verdienstentwicklung aufgestellt werden. Da es in diesem Zusammenhang nicht auf die absolute Höhe des Verdienstes ankommt, sondern auf seine Veränderung, ist die Wahl der Ausgangsreihe nicht besonders kritisch. Hier wurde ein gewogenes Mittel aus den Effektivverdiensten

der Arbeiter und Angestellten in Industrie, Baugewerbe und Handel berechnet, also die Ergebnisse der laufenden vierteljährlichen Verdiensterhebung verwendet, und zwar vom Herbst jedes Jahres. Um das eingangs genannte Ziel - über die Preisbereinigung hinaus - zu erreichen, sind zwei prinzipiell verschiedene Wege möglich.

Der eine liegt nach der bisherigen Behandlung der Materie nahe: die in Prozent ausgedrückte Zunahme des Verdienstes wird um die in Prozentpunkten ausgedrückten und korrigierten Zunahmen der gesetzlichen Abzüge vermindert. Diese Methode hat theoretisch den Vorteil der allgemeinen Anwendbarkeit, denn die Korrektive können für jede Verdienstreihe benutzt werden. Sie verlangt allerdings generell gültige Korrektive, und daran hapert es leider bezüglich der Sozialabzüge, wie aus dem vorstehenden Abschnitt deutlich geworden ist. Dennoch soll die Methode einmal demonstriert werden, und zwar über die ganze schon bei den Sozialabzügen betrachtete Periode hinweg, also von 1957 bis 1973.

Das Lohnsteuerkorrektiv soll, um mit dem Ergebnis nach der zweiten Methode besser vergleichbar zu sein, anhand der Zahlen, die der dort stehenden Tabelle zugrundeliegen, neu ermittelt werden. Der Lohnsteuerabzug beträgt für das frühere Jahr 0%, für das spätere Jahr 9,63%, Differenz also 9,63. Die Korrektur der Differenz errechnet sich aus dem Faktor des Bruttoverdienstanstieges - 3,75 - mal dem reziproken Nettofaktor der früheren Zeit - 1,0 - mit 3,75. Für die korrigierte Differenz ergeben sich also 36 Punkte.

Das Sozialabzugskorrektiv - einfache Differenz gemäß Tabelle: 2,7 - erreicht durch Korrektur - Faktoren 3,75 und reziproker Wert von 0,8826, also 1,133; Produkt 4,25 - den Wert von 11,5 Punkten.

Die Summe der beiden Korrektive ist 47,5 Punkte. Da der Bruttoverdienst um 275% stieg, soll hiernach der Nettoverdienst um 47,5 Punkte weniger, also um 227,5% gestiegen sein.

Die andere Methode ist vergleichsweise simpel und würde den vorangegangenen Aufwand nicht rechtfertigen, wenn dieser nicht seinen eigenen Sinn darin hätte, die Wirkungsmomente überhaupt darzulegen. Die andere Methode besteht darin, die Bruttobeträge der konkreten Verdienstreihe unmittelbar in ebenso konkrete Nettobeträge umzuformen, indem die gesetzlichen Abzüge gemäß den jeweils gültigen Bestimmungen ermittelt und abgesetzt werden. Ein gewisser Grad von Allgemeingültigkeit kommt auch diesem Ergebnis zu, wie im folgenden gezeigt wird.

Zunächst müssen bezüglich der abzugsrelevanten Merkmale bestimmte Annahmen gemacht werden: hier handelt es sich um die Nettoverdienstentwicklung eines Verheirateten mit 2 Kindern, der stets - auch bei kurzfristiger Überschreitung der Verdienstgrenze - krankenversichert war. Ferner sind außer den Standard-Freibeträgen⁵ keine der zahlreichen weiteren steuerlichen Entlastungsmöglichkeiten berücksichtigt worden. Hierdurch liegen die Nettoverdienste tendenziell zu niedrig. Ein Gegengewicht liegt darin, daß die Sozialabzüge auch über die Sonderausgabenpauschale hinaus voll abgesetzt wurden, so als habe jeder Arbeitnehmer einen Lohnsteuerjahresausgleich oder die vorherige Berücksichtigung seiner erhöhten Sonderausgaben beantragt. Bekanntlich ist dies tatsächlich nicht der Fall. Eine Tendenz wieder zur Senkung der Nettoreihe liegt auch darin, daß für die Krankenversicherungsabzüge nur Arbeiter zugrunde gelegt wurden; Angestellte zahlten, mindestens bis 1969, etwas geringere Beitragssätze, weil sie ihr Gehalt auch bei Krankheit weiter bezogen, also nicht als Krankentagegeldbezieher den Krankenkassen zur Last fielen. Kompensativ wirkt dagegen, daß die Nettobeträge für einen Verheirateten mit 2 Kindern berechnet wurden; die zahlreichen Verheirateten mit 1 oder keinem Kind und die Ledigen fallen jedoch stärker ins Gewicht als die wenigen Verheirateten mit 3 und mehr Kindern, und sie sind stärker lohnsteuerbelastet, so daß die Nettoreihe durch sie gesenkt werden würde.

Diese vier Tendenzen, deren drei erste auch für die Berechnung nach der ersten Methode zutreffen, können kaum im einzelnen gewichtet werden. Unter der Vorstellung, daß die nachstehenden Brutto- und Nettoreihen einen möglichst großen Teil der abhängig Beschäftigten repräsentieren sollen - und zwar weniger im Niveau als in ihrem zunehmenden Auseinandergehen - kann aber wohl gesagt werden, daß die Spreizung eher zu schwach als zu stark zum Ausdruck kommt, oder anders gesagt, daß die Nettoreihe am Ende eher zu hoch als zu tief liegt.

Aus dem ersten und letzten Wert der Bruttoreihe errechnet sich der schon bekannte Anstieg um 275%. Der letzte Wert der Nettoreihe liegt um 222% über dem ersten, worin eine recht gute Übereinstimmung mit dem Ergebnis nach der ersten Methode liegt. Die bereits erwähnte "Schere" zwischen der Brutto- und Nettoreihe findet ihren zahlenmäßigen Ausdruck in der dritten Spalte der

Die Entwicklung der Brutto- und Nettoverdienste 1957 bis 1973
Monatsbeträge in DM

	Brutto	Netto	Quote
1957	445	393	88,3
1958	474	417	88,0
1959	500	439	87,8
1960	549	482	87,8
1961	607	530	87,3
1962	662	574	86,7
1963	703	605	86,1
1964	773	657	85,0
1965	848	719	84,8
1966	897	745	83,1
1967	898	745	83,0
1968	958	785	81,9
1969	1 078	870	80,7
1970	1 227	974	79,4
1971	1 359	1 066	78,4
1972	1 472	1 141	77,5
1973	s 1 667	s 1 266	s 75,9

obigen Tabelle, in der der Nettobetrag in % des Bruttobetrages ausgedrückt ist. Diese "Nettoquote" sinkt stetig von über 88% im Jahre 1957 auf unter 76% im Jahre 1973, also 16 Jahre später. Die Schere ist im nachstehenden Bild unmittelbar zu sehen. Über ihre zwei direkten Ursachen ist in den vorausgegangenen Abschnitten berichtet worden. Hier kann noch folgendes ergänzt werden:

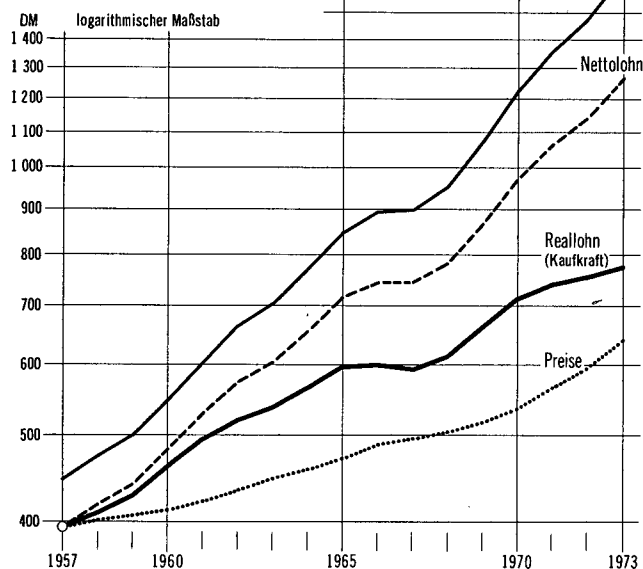
1. die Sozialabzüge allein würden die Nettoquote lediglich von 88,3% auf 85,6% senken,
2. die Lohnsteuer spielt erst ab 1962 überhaupt eine Rolle, da vorher für die Bruttoverdienste in der bis 1961 eingesetzten Höhe keine Lohnsteuer fällig wurde. Sie ist von 1962 an mit Anteilen von 0,8 bis (1973) 9,6 Punkten am weiteren Absinken der Nettoquoten beteiligt. In denselben Jahren stiegen die Anteile der Sozialabzüge lediglich von 12,4 auf 14,4 Punkte.

Über die tieferen Gründe des Absinkens der Nettoquote wäre natürlich ganz andersartiges zu sagen. Wir haben es mit einer zunehmenden Umverteilung der Arbeitseinkommen (wie auch der übrigen Einkommen) zugunsten der öffentlichen Hand zu tun, die damit größere Aufwendungen finanziert, die jedem einzelnen - mindestens potentiell - zugute kommen. In geringem Maße spielen auch Kriegsfolgen eine Rolle: die durch kriegsbedingten Geburtenausfall und Kriegsverluste geschwächten Jahrgänge unserer Alterspyramide müssen eine nicht geschwächte Altersspitze der Bevölkerungspyramide versorgen, was durch Erhöhung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung mit 2 Punkten auf die Absenkung der Nettoquote durchschlägt. Gegenüber den fast 10 Punkten der Absenkung, die zugunsten der

5) für Kinder, Sonderausgaben, Werbungskosten (Pauschale), Arbeitnehmer; Weihnachtsfreibetrag von 100 DM auch vor 1960 berücksichtigt, als er nur bei tatsächlicher Zahlung eines Weihnachtsgeldes von diesem abgesetzt werden konnte

Kurven zur Reallohnentwicklung

D - 4544



Lohnsteuer gehen, ein kleiner, aber innerhalb der 12 Punkte Gesamtverlust doch erwähnenswerter Umstand.

In das Bild wurden außer den Kurven der durchschnittlichen Brutto- und Nettoverdienste noch zwei weitere Kurven eingezeichnet. Die unterste mit dem Namen "Preise" gibt den Verlauf des Preisindex für die Lebenshaltung an. Die Kurve ist natürlich nicht auf die DM-Skala zu beziehen, wenn sie auch zum besseren Verständnis der Zusammenhänge auf den gleichen Anfangspunkt wie die DM-Nettoreihe gelegt, also auf 1957=393 umbasiert wurde. Verallgemeinernd kann sie für die Entwicklung des Preisniveaus stehen.

Die Kurve "Kaufkraft" ist die Resultante aus den Kurven der Nettoverdienste und der Preise, sie stellt die preisbereinigte Entwicklung der Nettoverdienste dar. Das ganze Bild wurde in logarithmischem Maßstab gezeichnet, damit die relative Entwicklung der vier Reihen unmittelbar erkannt werden kann. Während die Brutto- und die Nettokurve gleichartig verlaufen, sich aber stetig voneinander entfernen - dieser Umstand gab den Anlaß zu der ganzen Abhandlung -, und die Preiskurve einer eigenen Gesetzmäßigkeit folgt, verläuft die Kaufkraftkurve spiegelbildlich zu den Preisen, aber auf dem Grundpfad der Nettoverdienste. Wenn diese stagnieren, wie von 1966 auf 1967, sinkt die Kaufkraft um so viel wie die Preise stiegen; wenn die Nettoverdienste steigen, wächst auch die

Kaufkraft, aber um so viel weniger wie die Preise gleichzeitig kletterten.

Der eben erwähnte Grund für diese ganze Untersuchung sei abschließend noch einmal an einem Beispiel ausgeführt. Die nötigen Zahlen - es sind dieselben, die bisher verwendet wurden - finden sich in der nachstehenden Übersicht. In ihr wird die eingangs formulierte Rechnungsweise angewandt: Prozentpunkte werden vom Prozentwert des Verdienstanstiegs abgezogen.

Anstieg	von 1968 bis 1972	von 1971 bis 1972
des Bruttoverdienstes	53,7 %	8,3 %
des Preisindex	18,8 %	5,7 %
des Bruttoverdienstes, preisbereinigt	29,4 %	2,4 %
der Lohnsteuerbelastung	6,2 P	0,6 P
der Sozialabzüge	0,5 P	0,5 P
des Nettoverdienstes, preisbereinigt (des Reallohnes)	22,7 %	1,3 %

Die sozialstatistische Aussage hat bisher gelautet: "Im Durchschnitt der Arbeiter und Angestellten in Industrie und Handel stiegen die Verdienste von 1968 bis 1972 um 54%; nach Preisbereinigung verblieb ein Anstieg um 29%". Diese Aussage erweist sich unter den in der Bundesrepublik gegebenen Umständen bezüglich Lohnsteuer- und Sozialversicherungssystem derzeit als ergänzungsbedürftig. Sie muß fortgesetzt werden: "Da zugleich die gesetzlichen Abzüge überproportional stiegen, verminderte sich dieser Verdienstanstieg auf real 23%". Noch eindrucksvoller erweist sich die Nettobereinigung bei dem Beispiel für 1971 bis 1972. Es ist in der sozialpolitischen Diskussion ein Unterschied, ob die von den Arbeitnehmern in einem Jahr erzielten Verbesserungen auf "real" 2,4% oder "real" 1,3% beziffert werden.

Einerseits sollte mit diesem Aufsatz darauf hingewiesen werden, daß bei der Würdigung von Verdienstanstiegen außer dem Einfluß der Geldentwertung noch ein weiteres Moment der Reallohnminderung, nämlich durch progressive gesetzliche Abzüge, zu beachten ist, andererseits scheint es nützlich, durch eine Untersuchung solchen Stimmen entgegenzutreten, die den Einfluß dieses weiteren Moments zwar erkannt haben, ihn aber viel zu groß vermuten. Die hier gegebenen Anregungen können vielleicht zu entsprechendem Gebrauch ermutigen, die erwähnten Einschränkungen sollen aber auch vor unkritischer Übernahme fertiger Quoten warnen.

Arnold Heinemann

Zur Getreideernte 1973

Die Gesamternten der landwirtschaftlichen Feldfrüchte errechnen sich als Produkte aus Anbauflächen und Hektarerträgen der einzelnen Fruchtarten. Die Anbauflächen werden jährlich durch die Bodennutzungserhebung ermittelt, die Hektarerträge bei Getreide aufgrund repräsentativer Ertragsmessungen sowie Sachverständigenschätzungen festgestellt. Aus den stichprobenweise durchgeführten Ertragsmessungen können nur Landesergebnisse gewonnen werden. Zur Erarbeitung von Regionalergebnissen werden diese mit den Sachverständigenschätzungen verknüpft. Dabei werden die Naturraum- und Kreisergebnisse der Schätzungen mit einem für die jeweilige Getreideart einheitlichen Faktor umgerechnet, der sich aus der Abweichung zwischen den Landesergebnissen der Schätzungen und der Messungen ergibt.

Der Witterungsverlauf im Frühjahr und Sommer 1973 mit längeren Trockenperioden und Wassermangel auf den leichten Böden führte zu sehr unterschiedlicher Entwicklung im Wachstum und in der Kornausbildung des Getreides je nach Standort. Damit kam es zu einer stärkeren Differenzierung zwischen den Erträgen auf hohen, sandigen Böden einerseits und auf Standorten mit lehmigen und anlehmigen Böden oder mit hohem Grundwasserstand andererseits. Darüberhinaus reagierten auch die Getreidearten unterschiedlich auf die Trockenheit, die etwa von Mitte Mai bis Mitte Juni anhielt.

Die Erträge der einzelnen Getreidearten im Landesdurchschnitt sind sehr stark abhängig von der Verteilung der Art auf die unterschiedlichen Standorte des Landes.

Die Verteilung der Getreideanbauflächen auf die Naturräume 1973

Getreideart	Anbaufläche Schleswig-Holsteins insgesamt ha	davon in den Naturräumen			
		Marsch	Hohe Geest	Vorgeest	Hügelland
		%			
Winterweizen	95 177	20	8	1	71
Sommerweizen	11 599	20	17	12	51
Roggen	89 528	2	32	31	35
Wintergerste	72 030	19	7	2	73
Sommergerste	51 914	4	37	25	34
Hafer	96 339	9	26	16	49
Sommerngetreide	9 542	6	36	29	28

Aus der vorstehenden Übersicht wird deutlich, daß Winterweizen und Wintergerste zu über 90% auf den besseren Standorten Marsch und Hügelland stehen und nur zu 1 bis 2% auf der Vorgeest. Und auch hier dürften wiederum

die besseren Standorte dem Winterweizen und der Wintergerste vorbehalten bleiben.

Roggen und Sommergerste dagegen sind kaum in der Marsch, etwa zu einem Drittel im Hügelland und zu etwa zwei Dritteln auf der Geest zu finden. Der Hafer verteilt sich etwa dem Anteil des Ackerlandes entsprechend auf alle Naturräume.

Die Verteilung der Getreideanbauflächen auf Bodengüteklassen (Ackerzahlen) im Durchschnitt der Jahre 1972/73

Getreideart	Ackerzahl					
	bis 30	31-40	41-50	51-60	61-70	über 70
	Anteil in %					
Winterweizen	1	6	21	40	15	17
Winterroggen	42	31	18	8	1	2
Wintergerste	3	5	17	45	15	15
Sommergerste	35	31	15	12	2	5
Hafer	20	25	15	25	7	8

Eine Auszählung der repräsentativen Stichprobenfelder der Besonderen Erntermittlung nach Ackerzahlen ergibt ähnliche Unterschiede zwischen den Getreidearten wie die Verteilung nach Naturräumen. Während Winterweizen und Wintergerste überwiegend auf Feldern mit höheren Ackerzahlen, also auf Böden mit höherem Ertragspotential, angebaut werden, findet man Winterroggen und Sommergerste vorwiegend auf Feldern mit Ackerzahlen unter 40, Standorte mit niedrigerem Ertragspotential also. Auf diesen leichten Böden mit ihrer geringeren wasserhaltenden Kraft litten die Pflanzen im Jahre 1973 besonders unter der Trockenheit, so daß Winterroggen und Sommergerste auch besonders betroffen wurden. Beim Hafer zeigt auch diese Auswertung eine gleichmäßigere Verbreitung über alle Bodengüten.

Die Weizenernte ...

des Jahres 1973 erreichte trotz etwas kleinerer Anbaufläche mit 529 000 t einen neuen Rekord. Wie das Bild zeigt, brachte der Winterweizen 1973 mit 50 dt/ha¹ im Landesmittel einen Ertrag, der den langjährigen Trend bestätigt, wenngleich der Rekordertrag von 1971 nicht ganz erreicht wurde.

Die extreme Trockenheit hat sich also beim Winterweizen, der, wie erwähnt, fast aus-

1) dt = Dezitonne (früher dz, 100 kg)

schließlich auf ertragreicheren Böden mit größerer wasserhaltender Kraft steht, im Durchschnitt nur wenig ertragsmindernd ausgewirkt. In der Marsch wurde der aufgrund des langjährigen Trends zu erwartende Ertrag noch übertroffen. Auf dem Hügelland wurden die Erwartungen 1973 nicht überall erfüllt. So enttäuschten besonders auf der Insel Fehmarn die Hektarerträge in diesem Jahr. Während die Winterweizen-erträge Fehmarns in den Jahren 1970 und 1971 etwa um 10% über dem Landesmittel lagen, blieben sie 1973 noch darunter (das Ausmaß kann nicht mit Sicherheit quantifiziert werden). Inwieweit extremere Trockenheit oder auch andere Ursachen, die in der Bewirtschaftung liegen könnten, für die etwas enttäuschenden Hektarerträge auf Fehmarn verantwortlich sind, kann hier nicht untersucht werden. Es sei nur darauf hingewiesen, daß auch im Vorjahr sowie im Trockenjahr 1959 Fehmarn nur Winterweizen-erträge erreichte, die etwa dem Landesdurchschnitt entsprachen.

Die grafische Darstellung der Winterweizen-erträge im gleitenden Sechsjahresdurchschnitt zeigt, daß mit dem Jahre 1967, also etwa mit dem Beginn verbreiteter Anwendung von Wachstumsregulatoren in Verbindung mit einer verbesserten Produktionstechnik in der Landwirtschaft ein sehr starker Aufwärtstrend einsetzte. Dieser wurde durch die infolge des starken Pilzbefalls unbefriedigenden Erträge des Jahres 1972 wesentlich abgeflacht.

Von den vier Naturräumen ragt die Marsch nicht nur mit dem höchsten Ertragsniveau, sondern auch mit dem steilsten Aufwärtstrend hervor. In den Ertragssteigerungen liegt die Hohe Geest an zweiter Stelle, obwohl die absolute Ertragshöhe nicht an die des Hügellandes herankommt.

Die Sommerweizenanbaufläche war mit 11 600 ha im Jahre 1973 vergleichsweise klein. Da die Witterung zur Herbstbestellung 1972 sehr günstig war, konnten die Anbauplanungen für Winterweizen voll realisiert werden. Wie Winterweizen brachte auch der Sommerweizen weit überdurchschnittliche Hektarerträge und erreichte mit 42,5 dt/ha eine Rekordhöhe.

Die Weizenproben der repräsentativen Erntemessungen wurden wiederum von der Bundesforschungsanstalt für Getreideverarbeitung in Detmold auf ihre Backqualität untersucht. Nach den Ergebnissen dieser Untersuchungen wurden die sehr guten Vorjahreswerte zwar nicht in allen Fällen erreicht, die Spitzenstellung Schleswig-Holsteins innerhalb der Bundesländer jedoch gehalten. Die Ergebnisse von Backversuchen der Landwirtschaftlichen Untersuchungs- und Forschungsanstalt in Kiel lassen keine Qualitätsminderungen gegenüber dem Vorjahr erkennen. Der Verarbeitungswert

schleswig-holsteinischen Weizens ist so gut, daß auf ausländischen Qualitätsweizen zur Aufmischung nahezu verzichtet werden kann².

Die Roggenernte ...

blieb infolge kleinerer Anbaufläche und niedrigerer Hektarerträge um 10% unter der Ernte des Vorjahres, übertraf aber den sechsjährigen Durchschnittswert noch um 17%. Bei Vergleichen mit dem Jahre 1971 muß bedacht werden, daß Roggen 1972 - im Gegensatz zum Weizen - Höchst-erträge erreichte.

Die grafische Darstellung der gleitenden Sechsjahresdurchschnitte der Winterroggen-erträge läßt eine gleichartigere Ertragsentwicklung der einzelnen Naturräume erkennen als beim Winterweizen. Die absoluten Ertragsunterschiede zwischen den Naturräumen sind ebenfalls - langfristig und auch im Trockenjahr 1973 - kleiner als beim Winterweizen. Anders als beim Winterweizen hat bis zum Durchschnitt 1967 - 72 die Vorgeest den am stärksten steigenden Trend aufzuweisen. 1973 bleibt die Vorgeest allerdings mit einem Hektarertrag von nur 24 dt/ha weit hinter den Trenderwartungen zurück. In den übrigen Naturräumen wurden beim Winterroggen die Ertragserwartungen etwa erfüllt. Im Hügelland und in der Marsch wurden die Vorjahres-erträge noch um 7 und 6% übertroffen, auf der Hohen Geest nur um 5% unterschritten.

Wintergerste ...

wurde 1973 nochmals 15% mehr angebaut als im Jahr zuvor. Mit 72 000 ha wurde die durchschnittliche Anbaufläche der vorhergehenden sechs Jahre um 21% überschritten. Wintergerste steht wie der Weizen fast ausschließlich auf ertragreicheren Böden, so daß auch hier trotz der Trockenheit im Landesdurchschnitt die aus dem langjährigen Trend zu erwartenden Erträge überwiegend erreicht wurden. Während die Vorjahreserträge nicht voll zufriedenstellten, wurde 1973 ein neuer Höchst-ertrag im Landesmittel erreicht.

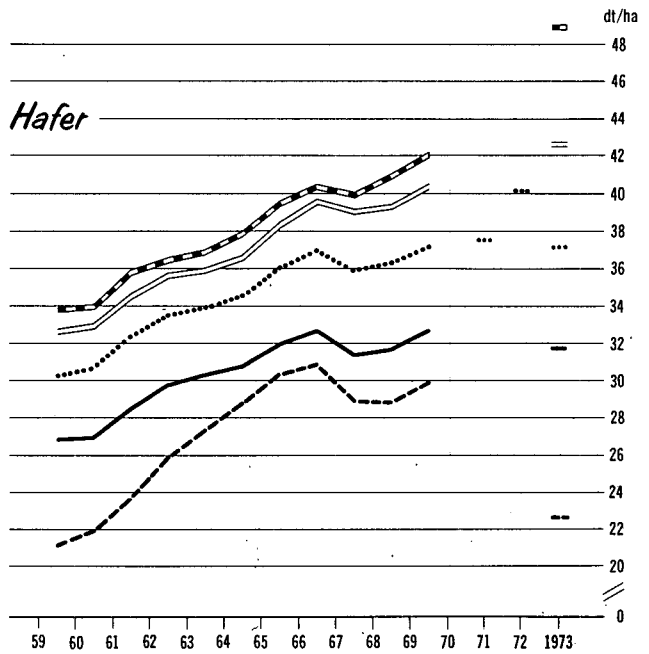
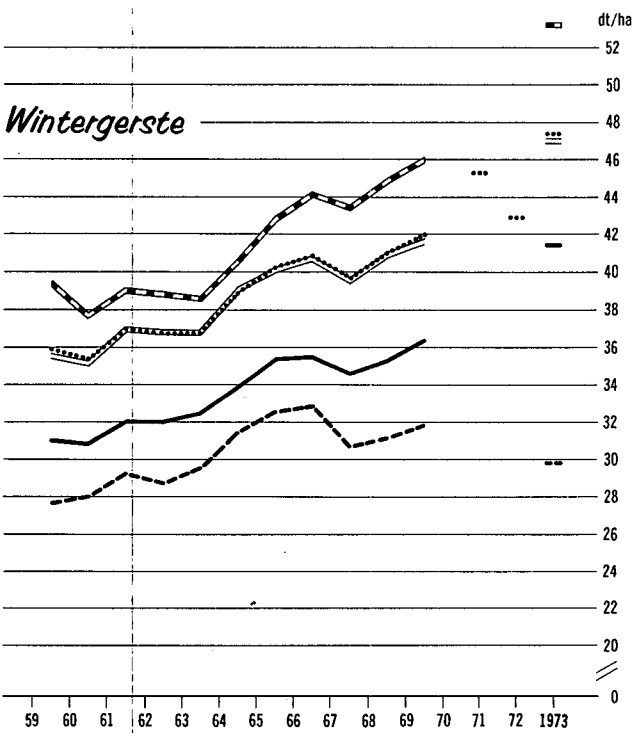
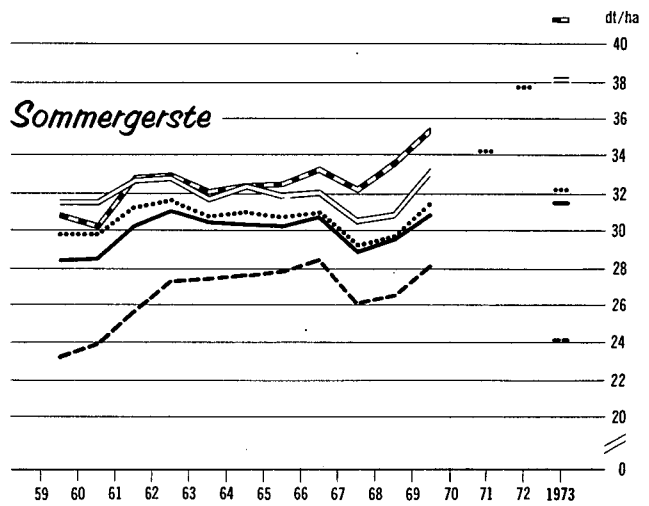
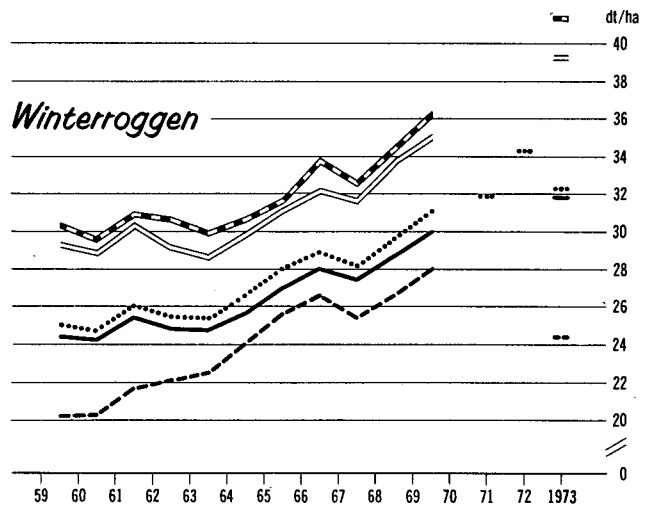
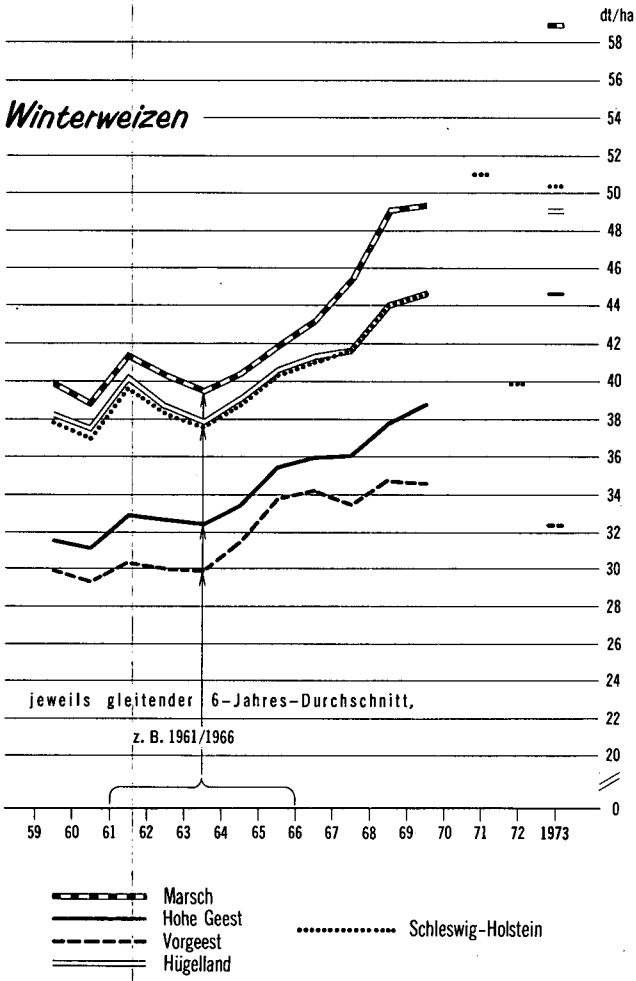
Der Kurvenverlauf der gleitenden sechsjährigen Durchschnittserträge in den Naturräumen des Landes zeigt ein ähnliches Bild wie beim Winterweizen. In der Marsch wurden auch hier die höchsten Ertragssteigerungen erreicht. Die Ertragsunterschiede zwischen den Naturräumen sind ähnlich groß wie beim Winterweizen.

Die Vorgeest fällt mit dem diesjährigen Ertrag wiederum stark ab. Allerdings muß erwähnt werden, daß bei allen Getreidearten die Schätzungen der Berichterstatter auf der

²) nach Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Die Erträge in den Naturräumen

GLEITENDE 6-JAHRES-DURCHSCHNITTE UND 1973



Vorgeest - nicht so in den übrigen Naturräumen - überproportional unter den tatsächlichen Erträgen liegen. Das konnte aufgrund von Vergleichen mit den Ergebnissen der objektiven Erntemessungen festgestellt werden. Für eine genaue Quantifizierung dieser Unterschätzung reichen die vorhandenen Daten jedoch nicht aus.

Die Sommergerste ...

steht, im Gegensatz zur Wintergerste, überwiegend auf den leichteren Böden, so daß sich die Trockenheit weit mehr auswirkte. Der Hektarertrag im Landesmittel blieb mit 32 dt/ha um 13% unter dem sehr guten Vorjahresergebnis. Da außerdem die Anbaufläche gegenüber dem Vorjahr um 5% reduziert worden war, blieb die Gesamternte an Sommergerste 17% kleiner als 1972.

Aus der grafischen Darstellung geht hervor, daß es wiederum nur die Geestgebiete waren, die Ertragseinbußen hinnehmen mußten. Die Kurven der gleitenden Durchschnittserträge von jeweils sechs Jahren haben bei der Sommergerste - ganz anders als bei den übrigen Getreidearten - bis zum Jahre 1970 einen völlig flachen Verlauf. Keinerlei aufsteigender Trend war bis dahin zu erkennen. Erst in den letzten 2 - 3 Jahren scheint auch die Sommergerste an dem technischen Fortschritt, der bei den übrigen Getreidearten zu stetigen Ertragssteigerungen führte, teilzunehmen. Diese positive Entwicklung dürfte durch die erst wenige Jahre verfügbaren wirkungsvollen Fungizide (Pilzbekämpfungsmittel) ermöglicht worden sein.

Hafer ...

wurde 1973 in etwa gleichem Umfang angebaut wie im Vorjahr. Die Anbaufläche verteilt sich, wie oben gezeigt, verhältnismäßig gleichmäßig auf die verschiedenen Bodengüteklassen. Die Trockenheit hat sich daher auf den Ertrag im Landesmittel nicht so stark ausgewirkt, wie bei der Sommergerste. Andererseits wurden die Erwartungen, die sich aus dem bisherigen Trend herleiten ließen, nicht erfüllt und der vorjährige (Rekord-)Ertrag um 3 dt/ha (7%) unterschritten.

Wie die Grafik zeigt, wiesen die Hafererträge in allen Naturräumen vom Beginn des hier

dargestellten Zeitraumes an einen steigenden Trend auf, der allerdings 1970 unterbrochen wurde und seither, insbesondere unter Einbeziehung des letzten Jahres nicht mehr so steil verläuft. Die Steigerung bis zum Jahre 1969 dürfte auf intensivere Düngung und auf züchterischen Fortschritt zurückzuführen sein, weniger auf Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, wie bei anderen Getreidearten. Die Unterschiede im Ertragsniveau zwischen den Naturräumen sind beim Hafer erheblich größer als bei der Sommergerste, wie sich aus den Abständen der Ertragskurven der Naturräume erkennen läßt.

Zusammenfassend ist hervorzuheben, daß die einzelnen Getreidearten außerordentlich unterschiedliche Ertragssteigerungen erfahren haben und daß sie auf extreme Witterungsbedingungen, wie sie das Jahr 1973 brachte, nicht einheitlich reagieren. Das ist einmal auf die unterschiedliche Verteilung auf die Bodengüten und -arten zurückzuführen. Hinzu kommen differenzierte Ansprüche an Wasserversorgung, Nährstoffanlieferung und Globalstrahlung.

Langfristig haben sich Fortschritte in der Züchtung und in der Produktionstechnik sehr unterschiedlich auf die Entwicklung der Hektarerträge der einzelnen Getreidearten ausgewirkt. An der Spitze im Ertragsniveau und in den Ertragssteigerungen steht der Winterweizen. Beachtlich hoch sind Erträge und Ertragssteigerungen auch bei Wintergerste und Hafer. Winterroggen und Sommergerste blieben mit den Erträgen weit hinter den vorgenannten Arten zurück. Sommergerste konnte eine Reihe von Jahren auch keine Steigerung im Ertragsniveau aufweisen. In den letzten zwei bis drei Jahren bahnen sich aber auch bei diesen beiden Getreidearten erhebliche Fortschritte an, die zumindest auf Standorten mit hohem Ertragspotential noch wesentliche Steigerungen ermöglichen dürften.

Sommerroggen und Sommermenggetreide mit vergleichsweise nur noch kleinen Anbauflächen von 3 700 ha und 9 500 ha blieben bei dieser Untersuchung weitgehend unberücksichtigt.

Dr. Matthias Sievers

Nähere Angaben sind im Statistischen Bericht C II 1 enthalten. Vergleiche auch: "Getreideernte 1973" in Wirtschaft und Statistik 1973, S. 596 (Oktober)

Der Güterumschlag in den Häfen 1972

Mit diesem Beitrag wird die Reihe der Aufsätze über die Verkehrsstatistiken fortgesetzt. Im Vordergrund steht dieses Mal die Umschlagsleistung der einzelnen Häfen in Schleswig-Holstein. Da wichtige Funktionen eines Handelshafens, wie z. B. Schiffbau und -reparatur, Fischerei und Personenverkehr wie auch die Nebenfunktionen des Güterumschlages - Spedition, Lagerhaltung und Stauerei - vernachlässigt werden, ist das Bild der Häfen nicht vollständig. Mit dem Umschlag von Handelsgütern wird jedoch die wichtigste Funktion beschrieben.

Die große Zahl der kleinen und kleinsten Lösch- und Ladestellen erfordert eine Beschränkung auf die wichtigsten Häfen. In die Betrachtung sollen nur die Häfen einbezogen werden, die 1972 mindestens 100 000 t umgeschlagen haben (ohne die Eigengewichte der im Seeverkehr übergesetzten Reise- und Transportfahrzeuge sowie der beladenen und unbeladenen Container, Trailer und Lash-Leichter). In der Tabelle sind die betreffenden Häfen aufgeführt. Auf sie entfielen 1972 rund 95% des gesamten Güterumschlages in Höhe von 23,58 Mill. t.

Empfang und Versand halten sich nur in wenigen Häfen die Waage. So haben Puttgarden

und Husum - bei leichtem Übergewicht des Empfangs - ein annähernd ausgeglichenes Verhältnis zwischen empfangenen und versendeten Gütern. In Puttgarden sind die regen wechselseitigen Handelsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Ländern im Norden der Grund für die ausgewogene Relation. Lübeck und Brunsbüttel haben ein leidlich ausgeglichenes Verhältnis, mit Abstrichen auch Kiel und Itzehoe. In Itzehoe wird der Umschlag durch wenige Industriebetriebe bestimmt. Sie sorgen z. T. auch wieder für Rückfrachten. Lübeck und Kiel profitieren wie Puttgarden von dem Güteraustausch mit Schweden, Dänemark, Finnland und Norwegen. Am ungünstigsten ist das Verhältnis von Empfang und Versand in Wedel, Geesthacht und bei den Sandverladeplätzen des Elbe-Lübeck-Kanals. Hier findet sich überhaupt keine Gegenfracht in nennenswertem Umfang. In den übrigen Häfen liegt das Verhältnis Empfang:Versand zwischen 10 : 1 in Flensburg und 57 : 1 in Glückstadt. Bei der Gegenüberstellung von Empfang und Versand darf man nicht vergessen, daß die Nutzung des Schiffsraumes in den meisten Fällen noch ungünstiger ist. So kommt es vor, daß in der einen Richtung Tankraum, in der anderen Richtung Trockenfrachtraum benötigt wird.

Von allen schleswig-holsteinischen Häfen hat Lübeck den größten Güterumschlag. Reichlich ein Viertel des Umschlages aller Häfen wurde 1972 im Lübecker Hafen getätigt. Die Vielfalt der verladenen und gelöschten Güter unterstreicht die Bedeutung Lübecks als Umschlaghafen, sie ist aber auch Ausdruck für die Wirtschaftskraft der Hansestadt (siehe folgende Tabelle).

Trotz der Mannigfaltigkeit des Güterumschlages zeichnen sich gewisse Schwerpunkte ab. Da sind zunächst die Rohstoffe für die Eisen- und Stahlerzeugung. Neben der Kohle tauchen hier als bedeutende Posten Eisenerze sowie Eisen- und Stahlabfälle auf. Das Eisenerz kommt vorwiegend aus Schweden (103 000 t) und Norwegen (35 000 t). Ein wesentlicher Teil des aus Norwegen herantransportierten Erzes dürfte in Kiruna/Schweden abgebaut und über den norwegischen Hafen Narvik gelenkt worden sein. Eisenerz wurde aber auch aus Nordafrika (31 000 t) und aus Salzgitter (28 000 t Brauneisenstein) bezogen. Weitere Lieferländer sind Holland, Spanien, Italien und die Sowjetunion, wobei die Niederlande nur Zwischenstation waren. Außer Eisenerz wurden Eisen- und Stahlschrott sowie Eisenschlacken und -aschen verwertet. Der größte Posten (108 000 t) wurde aus Bremen bezogen. Nordafrika (80 000 t) und Belgien (50 000 t) stellten weitere Kontin-

Umschlag der wichtigsten Häfen 1971 und 1972¹

Häfen	Umschlag		Ver- änderung 1972 gegen 1971 in %	1972		Ver- hältnis: ↑ Empfang je 1 t Versand
	1971	1972		Empfang	Versand	
	1 000 t			1 000 t		
Lübeck	6 176	6 356	+ 2,9	4 009	2 347	1,7
Brunsbüttel	5 626	5 915	+ 5,1	4 023	1 892	2,1
Puttgarden	2 125	2 238	+ 5,3	1 155	1 083	1,1
Kiel	1 883	1 962	+ 4,2	1 431	531	2,7
Wedel	1 437	1 544	+ 7,5	1 544	0	-
Sand- verladeplätze ²	1 613	1 444	- 10,5	-	1 444	-
Rendsburg	1 263	1 131	- 10,4	1 082	49	22,0
Flensburg	555	553	- 0,5	502	51	9,9
Itzehoe	433	426	- 1,7	338	88	3,8
Uetersen	273	250	- 8,4	237	13	17,8
Geesthacht	182	184	+ 1,3	184	-	-
Husum	133	160	+ 21,0	82	78	1,0
Glückstadt	140	153	+ 9,2	150	3	56,6
Elmshorn	112	102	- 9,3	96	6	16,8

1) ohne Eigengewichte der im Seeverkehr übergesetzten Reise- und Transportfahrzeuge sowie der beladenen und unbeladenen Container, Trailer und Lash-Leichter

2) am Elbe-Lübeck-Kanal (Donnerschleuse, Götrin, Güster, Lanze, Siebeneichen, Witzeeze)

Güterhauptgruppe	Lübeck 1972	
	Empfang	Versand
	1 000 t	
Getreide	252	28
Holz und Kork	182	13
Getreide-, Obst- und Gemüseerzeugnisse, Hopfen	7	169
Steinkohle, -briketts	567	6
Kraftstoffe, Heizöl	214	3
Eisenerze	224	0
Eisen-, Stahlabfälle	290	32
Roheisen, -stahl	15	121
Sand, Kies, Bims, Ton	84	59
Salz, Schwefel, Schwefelkies	0	138
Sonstige Steine und Erden	594	511
Chemische Grundstoffe	22	95
Zellstoff, Altpapier	229	1
Fahrzeuge	16	149
Sonstige Halb- und Fertigwaren	419	61
Besondere Transportgüter	470	487

gente. Es folgen dann Italien (18 000 t) und Spanien (12 000 t). Die Werften in Kiel, Flensburg, Rendsburg und Husum steuerten ebenfalls einen Teil bei. Lieferungen von Rohstahl und Roheisen lassen sich umgekehrt für Belgien, Holland, Großbritannien, Dänemark, Schweden und Norwegen sowie für die Türkei nachweisen. Stahlhalbzeug, Stab- und Formstahl, Bandstahl und Rohre wurden hauptsächlich nach Schweden und Dänemark geliefert. Die Steinkohle, die für die Verhüttung von Eisenerzen notwendig ist, wird aus zahlreichen Ländern eingeführt. Die meiste Kohle lieferten die Republik Südafrika und Polen (jeweils 174 000 t). Auch aus Großbritannien (65 000 t), den Niederlanden (52 000 t), Norwegen (43 000 t) und Nordamerika (40 000 t) wurde Kohle angefordert. Hamburg entsandte 15 000 t Steinkohle und 8 000 t Koks. Zum Umschlag von Steinkohlenkoks trug ferner die Tschechoslowakei (10 000 t) bei. Schon an Hand weniger Beispiele wird deutlich, über welche weitreichenden Handelsbeziehungen Lübeck verfügt. Ein Teil der in Koks umgewandelten Steinkohle ist für Schweden (19 000 t), Norwegen (13 000 t) und Dänemark (12 000 t) bestimmt. Die Zuschläge für den Hochofenprozeß in Form von Kalkstein und Kalk liefert hauptsächlich Schweden. Insgesamt wurden 122 000 t Kalkstein und 7 000 Kalk gelöscht. Kalkstein wird u. a. in Verbindung mit Calcium-Aluminium-Silikaten, die bei der Eisenerzverhüttung als Schlacke ausgefällt werden, aber auch zu Zement verarbeitet, der in größeren Mengen nach Berlin geliefert wird.

Schweden lieferte noch zahlreiche andere Güter, z. B. Zement (112 000 t), Granit (27 000 t), Findlinge, Schotter und Kiesel (102 000 t). Bei der zuletzt genannten Gütergruppe wurde Schweden allerdings noch von Dänemark übertraffen, das 250 000 t lieferte. Größere Mengen hiervon wurden auch aus Großbritannien (60 000 t) und Norwegen (11 000 t) herantransportiert. Norwegen stellte außerdem Schiefer und Granit zur Verfügung (9 000 t). Zusätzlich wurden 814 000 t Seekiesel vom Grund der Ostsee an die Oberfläche geholt, wie das Statistische Amt der Stadt Kiel ermittelt hat. Ein großer Teil davon wurde auf kleineren Schiffen nach Hamburg (395 000 t), in den Verkehrsbezirk Itzehoe/Ratzeburg (90 000 t) und nach Berlin (13 000 t) befördert. Weiter geht es mit Lehm, Ton und tonhaltigen Erden (Kaolin) aus der Tschechoslowakei, England und Frankreich. Diese Stoffe werden zum Teil in Lübeck weiterverarbeitet (Feinkeramik), zum Teil ist Lübeck nur Zwischenstation auf dem Weg nach Schweden, Finnland, Norwegen und Dänemark. Außer Eisenerzen werden auch NE-Metallerze verarbeitet. 44 000 t wurden empfangen. Darunter befanden sich 36 000 t Bauxit aus Griechenland zur Herstellung von Aluminium. Der Versand von chemischen Grundstoffen (95 000 t) und chemischen Erzeugnissen (33 000 t) ist ein weiterer Beweis für das mannigfaltige Angebot an Industrieprodukten. Auch elektronische Erzeugnisse, Maschinen sowie Eisen-, Blech- und Metallwaren zeugen hiervon. Diese Produkte werden in erster Linie mit Dänemark und Schweden getauscht. Der Salzhandel hat in Lübeck Tradition. 1972 wurden 138 000 t - hauptsächlich nach Schweden - verschickt. Auch Lübecks Holzhandel hat weiterhin Bestand. Grubenholz ist allerdings schon seit einigen Jahren nicht mehr dabei. Insgesamt wurden 182 000 t Holz gelöscht. Hauptlieferländer sind verständlicherweise Finnland, Schweden und die Sowjetunion. Holz wird u. a. in der Papierindustrie aufbereitet. Für diesen Industriezweig ist auch ein großer Teil der 229 000 t Holzschliff und Zellstoff bestimmt, die 1972 gelöscht wurden. 90% davon kamen aus Schweden. Zusätzlich wurde Papier und Pappe aus Finnland (249 000 t) und Schweden (107 000 t) eingeführt. Neben Steinkohle und Koks decken Heiz-, Gas- und Dieselöl den Energiebedarf der Stadt Lübeck. Auf dem Wasserwege wurden im vergangenen Jahr 214 000 t herangeholt. Beachtung verdient auch der Umschlag von fabrikneuen Kraftfahrzeugen. Ihr Gewicht betrug 165 000 t; wovon auf den Versand 149 000 t entfielen. Die Fahrzeuge werden überwiegend nach Schweden ausgeführt, woher umgekehrt zahlreiche Fahrzeuge eingeführt werden. Einen wichtigen Beitrag zum Güter-

umschlag liefert auch der Getreidehandel. Mit 252 000 t steht der Empfang eindeutig im Vordergrund. Versendet wurden 28 000 t. Darüber hinaus wurden noch 163 000 t Getreiderzeugnisse verfrachtet. Wieviel davon aus eigener Produktion stammt, läßt sich nicht feststellen. Die wichtigsten Zielgebiete waren Dänemark (82 000 t) und Danzig (38 000 t). Mit den nordischen Ländern besteht außerdem ein reger Austausch von Nahrungsmitteln. Gegen Fleisch, Milcherzeugnisse, Eier und Bier aus Finnland, Schweden und Dänemark werden Most, Wein und verschiedene Genußmittel eingetauscht.

Zum Güterumschlag in Lübeck tragen sowohl See- als auch Binnenschiffsverkehr bei. Allerdings wird im seewärtigen Güterverkehr etwa siebenmal so viel umgeschlagen wie im Binnenverkehr. Während im Seeverkehr der Empfang dominiert, wird im Binnenverkehr mehr verschickt als empfangen. Das Verhältnis von Empfang zu Versand beträgt in der Seeschifffahrt ungefähr 2 : 1, in der Binnenschifffahrt etwa 1 : 3. In Lübeck wird ein großer Teil der Güter im Fährverkehr umgeschlagen (37%). Im Versand betrug der Anteil des Fährverkehrs 1972 über 50%. Im Empfang lag er bei knapp 30%. Empfang und Versand sind im Fährverkehr nahezu gleich groß. Die Fährschiffe werden überwiegend im Roll-on/roll-off-Verfahren be- und entladen, wobei als Transportfahrzeuge ausschließlich Lastkraftwagen mit und ohne Anhänger eingesetzt werden. In beiden Richtungen wurden 106 000 Lastkraftwagen, 47 000 Lkw-Anhänger und 2 000 Postanhänger gezählt. Die Zahl der eingesetzten Container bezifferte sich auf 6 000. Neben Transportfahrzeugen nehmen die Fähren bekanntlich auch Reisefahrzeuge auf. Verladen wurden 198 000 Personenkraftwagen, 8 000 Pkw-Anhänger sowie 7 000 Busse¹.

In Brunsbüttel wurden 1972 knapp 6 Mill. t Güter umgeschlagen. Das bedeutet den zweiten Platz hinter Lübeck. Eine weitere Steigerung ist zu erwarten, denn erst kürzlich ist die Kapazität des Hafens Brunsbüttel um den Elbehafen erweitert worden, der von Schiffen mit einer Tragfähigkeit bis zu 250 000 t angelaufen werden kann. Allerdings reicht die Wassertiefe der Elbe bisher nur für 120 000 t Ladung aus. Zur Zeit wird im Elbehafen Rohöl empfangen, das zur Raffinerie nach Heide gepumpt wird. Eine zweite Pipeline steht für den Transport von verflüssigtem Ammoniak zur Verfügung. Neben Rohöl und Ammoniak werden Rohphosphat und Papier gelöscht. Während das Phosphat für eine nahe gelegene

Düngemittelfabrik bestimmt ist, wird das Papier auf Lastkraftwagen nach Itzehoe abtransportiert. In umgekehrter Richtung wurden in jüngster Zeit Zementklinker befördert, Abnehmer sind Unternehmen in den USA.

An erster Stelle der umgeschlagenen Güter steht in Brunsbüttel rohes Erdöl. 1972 betrug die gelöschte Menge 3,1 Mill. t, das ist mehr als die Hälfte des gesamten Güterumschlags. Das Erdöl wird aus zahlreichen Ländern herangefahren. Hauptlieferanten waren 1972 die arabischen Staaten und Persien. Beachtliche Mengen kommen auch aus dem Golf von Mexico, dem Karibischen Meer und aus Nordafrika. Teilweise gelangt das Erdöl auf dem Umweg über Hamburg (407 000 t), England und Holland nach Brunsbüttel. Kraftstoffe und Heizöl stehen an zweiter Stelle der Güterskala. Das Verhältnis von Versand zu Empfang beträgt bei dieser Gütergruppe 2,5 : 1. Der Versand gliedert sich auf in 606 000 t Gasöl, Dieselöl und leichtes Heizöl, 516 000 t schweres Heizöl, 257 000 t Motorenbenzin und 6 000 t Petroleum, Turbinenkraftstoff und Spezialbenzin. Insgesamt wurden also 1,4 Mill. t Kraftstoffe und Heizöl abgegeben. Der Empfang erreichte 490 000 t. Davon entfielen auf Gasöl, Dieselöl und leichtes Heizöl 219 000 t, Motorenbenzin 142 000 t und schweres Heizöl 129 000 t. Lieferländer sind Holland, Belgien, Frankreich, Italien und die DDR. Auch hier ist Hamburg beteiligt. Wichtige Abnehmer von Gas-, Diesel- und Heizöl sind Hamburg, Schleswig-Holstein und Berlin (West). Hamburg ist gleichzeitig Bestimmungsort für Schmieröle und -fette. Bitumen wird nach Schweden geliefert. Der Umschlag von chemischen Grundstoffen und Erzeugnissen hat in Brunsbüttel ebenfalls Bedeutung. Insgesamt wurden im letzten Jahr 250 000 t umgeschlagen, darunter waren 20 000 t Benzol. Dieselbe Größenordnung hatte der Empfang von natürlichen Düngemitteln (221 000 t). Von den übrigen Positionen sind der Empfang und Versand von Getreide (56 000 t) und der Empfang von sonstigen Steinen und Erden (69 000 t) erwähnenswert.

Wie die folgende Tabelle zeigt, sind das ausgeglichene Verhältnis von Empfang und Versand und die Vielzahl der umgeschlagenen Güterarten die herausragenden Merkmale des Fährhafens Puttgarden.

Die Güter werden entweder auf Eisenbahnwaggons oder auf Lastkraftwagen umgeschlagen. Die Eisenbahn beförderte 1972 etwa sechsmal so viele Güter wie der Lkw. Insgesamt wurden auf der Schiene 1,9 Mill. t Güter umgeschlagen. Demgegenüber befanden sich auf Lastkraftwagen 0,3 Mill. t. Auf der Empfangsseite dominieren in Puttgarden die gängigen Exportprodukte der Länder im

¹) Die Zahl der Reise- und Transportfahrzeuge sowie der Container ist dem Statistischen Bericht "Lübecker Zahlen, Seeschifffahrtstatistik", Dezember 1972 des Statistischen Amtes der Hansestadt Lübeck entnommen.

Güterhauptgruppe	Puttgarden 1972	
	Empfang	Versand
	1 000 t	
Früchte, Gemüse	7	303
Holz und Kork	354	4
Pflanzliche und tierische Rohstoffe	19	12
Getränke	31	30
Fleisch, Eier, Milch	61	5
Mineralische Baustoffe	9	33
Zellstoff, Altpapier	174	1
Chemische Erzeugnisse	197	203
Fahrzeuge	22	86
Elektrotechnische Erzeugnisse, Maschinen	37	80
Sonstige Halb- und Fertigwaren	282	38
Besondere Transportgüter	58	80

Norden. An erster Stelle steht Holz (354 000 t). Dann folgen sonstige Halb- und Fertigwaren (282 000 t), darunter größere Partien Papier und Pappe (244 000 t) sowie Papier- und Pappwaren (20 000 t). Beachtlich ist auch der Empfang von Zellstoff und Altpapier (174 000 t). Auf Holzschliff und Zellstoff entfielen allein 164 000 t. In größeren Mengen wurden ferner Sammel- und Stückgüter (40 000 t) sowie Frisch- und Gefrierfleisch (34 000 t) empfangen. Wichtige Importnahrungsmittel sind auch Fisch (17 000 t) und Milcherzeugnisse (6 000 t). Erwähnenswert ist noch der Import von Bier (29 000 t) sowie von pflanzlichen und tierischen Rohstoffen (19 000 t).

In Richtung Norden werden vor allem Nahrungs- und Genußmittel mitgenommen. Am bedeutendsten ist der Versand von frischen Früchten sowie von frischem und gefrorenem Gemüse. Die Gesamtmenge dieser Gütergruppe wurde mit 303 000 t angegeben. Darunter befanden sich 70 000 t Zitrusfrüchte. Weiter wurden in nennenswertem Umfang Getränke (30 000 t Most und Wein) und Kartoffeln (13 000 t) geliefert. Ein erheblicher Teil des Versandes (21%) geht auf das Konto der Chemie. Hervorzuheben sind Kunststoffe (68 000 t) und Düngemittel (21 000 t). Von Bedeutung ist auch der Versand von Sammel- und Stückgut (74 000 t) sowie von elektrotechnischen Erzeugnissen (40 000 t). Mineralische Baustoffe stellen einen festen Bestandteil der Warenexporte dar. Über Puttgarden wurden 33 000 t versendet. Fabrikneue Kraftfahrzeuge werden in beiden Richtungen verschickt. Das Gewicht der für Rødbyhavn bestimmten Kraftfahrzeuge betrug 1972 86 000 t. Das ist etwa die vierfache Menge der empfangenen Kraftfahrzeuge. Wenn man nach dem Gewicht geht, befanden sich auf Eisenbahnwaggons 92% aller fabrikneuen Fahrzeuge. Neben Eisenbahnwaggons und Last-

kraftwagen befördern die Fähren auch Reise- fahrzeuge des Straßenverkehrs. Ihre Zahl läßt sich nicht angeben, dafür aber ihr Gewicht: es betrug 1972 insgesamt 0,5 Mill. t. Dazu kommt noch das Gewicht der verladenen Lastkraft- wagen und Eisenbahnwagen des Güter- und Personenverkehrs mit 3,8 Mill. t.

Kiel hat einen recht vielseitigen Güter- umschlag. 1972 wurden hier umgeschlagen:

Güterhauptgruppe	Kiel 1972	
	Empfang	Versand
	1 000 t	
Lebende Tiere	28	—
Getreide	17	19
Holz und Kork	11	0
Futtermittel	43	0
Ölsaaten, Fette	1	14
Steinkohle, -briketts	155	—
Kraftstoffe, Heizöl	640	6
Stab-, Formstahl	24	0
Stahlblech, Baustahl	44	—
Steine und Erden	225	352
Sonstige mineralische Baustoffe	11	0
Chemische Düngemittel	69	—
Fahrzeuge	11	24
Sonstige Halb- und Fertigwaren	68	0
Besondere Transportgüter	79	89

Im Empfang stehen die Energieträger an erster Stelle. Kraftstoffe und Heizöl (640 000 t) rangieren weit vor der Kohle (155 000 t). Baustoffe (225 000 t) bilden einen weiteren wichtigen Posten auf der Empfangsseite. In erster Linie werden Findlinge, Schotter und Kiesel empfangen. Für den Schiffs- und Maschinenbau ist eine ganze Reihe von Gütern bestimmt. Hierzu rechnen u. a. Stahlbleche und Bandstahl (44 000 t), Stab- und Formstahl (24 000 t) sowie Roheisen und -stahl (2 000 t). Bedeutsam ist auch der Import von Papier und Pappe (68 000 t) für das Druckereigewerbe in Kiel und Itzehoe. Einen beachtlichen Teil seines Güterumschlages verdankt Kiel der Landwirtschaft. So wurden größere Mengen chemische Düngemittel (69 000 t) und Futter- mittel (43 000 t) gelöscht. Auch Getreide, hauptsächlich Gerste, Weizen und Mais, wurde aufgenommen. Insgesamt waren es 17 000 t. Ferner taucht im Empfang Vieh für den Schlachthof (28 000 t) auf. Beachtenswert ist auch der Empfang von Holz und fabrikneuen Fahrzeugen (jeweils 11 000 t).

Der Versand ist weniger vielgestaltig. Wich- tigstes Versandgut sind Baustoffe (352 000 t), hauptsächlich wiederum Findlinge, Schotter,

Kiesel und andere zerkleinerte Steine. Ein großer Teil stammt wiederum aus der Ostsee. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 683 000 t Seekiesel in Kiel angelandet. Von den übrigen Güterarten erreichten mit Ausnahme von Stückgütern nur noch vier ein Volumen von über 10 000 t, nämlich Fahrzeuge (24 000 t), Getreide (19 000 t), Eisen- und Stahlabfälle sowie Ölisaaten und -früchte (jeweils 14 000 t). Von den Getreidearten herrschten Gerste, Weizen und Roggen vor. Mit Kraftstoffen und Heizöl wurden die Bunkerstationen an der Kieler Förde versorgt. Wie in Lübeck liegt auch in Kiel das Schwergewicht beim seewärtigen Güterverkehr. Insgesamt wurden im Seeverkehr 1,1 Mill. t umgeschlagen. Das sind 58% des gesamten Güterumschlages auf dem Wasserwege. Am Seeverkehr ist wiederum der Fährverkehr im Versand mit rund 75%, im Empfang mit 10% beteiligt. Die unterschiedliche Höhe der Anteile beruht hauptsächlich darauf, daß der Empfang im Seeverkehr ungefähr siebenmal größer ist als der Versand. Im Fährverkehr wurde andererseits mehr versendet (110 000 t) als empfangen (98 000 t). Sammel- und Stückgut sowie fabrikneue Kraftfahrzeuge (89%) herrschen hier vor. 64% der im Fährverkehr umgeschlagenen Güter befanden sich auf Lastkraftwagen. Insgesamt wurden 1972 18 000 Lastkraftwagen und Lkw-Anhänger abgefertigt². Die Zahl der Reisefahrzeuge (Passagier-Pkw und Busse, ohne Pkw-Anhänger) belief sich auf 113 000².

In Wedel bestimmt das Elektrizitätswerk am Elbufer auf der Grenze zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg den Güterumschlag. Das Kraftwerk nahm 1972 insgesamt 1,4 Mill. t Kohle auf. Das sind 91% des gesamten Güterumschlages in Wedel. Die übrigen Güter sind schnell aufgezählt. Es handelt sich einmal um Mineralölerzeugnisse (72 000 t), zum anderen um Baustoffe (69 000 t). Die Mineralölerzeugnisse werden in einer Raffinerie - in der Nähe des Kraftwerkes - weiterverarbeitet. Für den Abtransport der Endprodukte sorgt die Eisenbahn. Die Baustoffe gliedern sich auf in Sand und Kies (20 000 t), andere Steine und Erden (27 000 t) sowie andere mineralische Baustoffe (23 000 t).

Daß trotz zahlreicher Industriebetriebe in Wedel nicht mehr Güter umgeschlagen werden, hat mehrere Ursachen. Z. B. eignen sich nicht alle Güter, wie elektrotechnische Erzeugnisse, für den Transport auf dem Wasser, es sei denn, die Waren könnten in Containern oder auf Lastkraftwagen und Eisenbahnwagen verschifft werden, was in Wedel nicht möglich ist. Andererseits dürfte sich ein Ausbau des

Kreishafens wegen der Nähe Hamburgs nicht lohnen. Möglicherweise wäre der Umschlag dennoch größer, wenn nicht das Kraftwerk und der Betrieb der Mineralölindustrie den Zugang zur Elbe für andere Unternehmen versperren würden.

In Bezug auf den Güterumschlag stehen die Sandverladeplätze am Elbe-Lübeck-Kanal an sechster Stelle der Häfen des Landes. Es handelt sich hierbei um 6 Plätze zwischen Lauenburg und Mölln. Da hier nur Sand und Kies verladen werden, faßt man die einzelnen Sandplätze sinnvollerweise zusammen. 1972 wurden insgesamt 1,4 Mill. t Sand und Kies verschifft. Darüber hinaus wurden noch 70 000 t Steine und andere Baustoffe per Schiff abtransportiert.

Mehr als 1 Mill. t Güter wurden auch in Rendsburg umgeschlagen. Zu diesem Ergebnis trugen der Kreishafen, der Obereiderhafen sowie mehrere private Umschlagplätze bei. Der Schwerpunkt liegt beim Empfang von Gütern, wie die folgende Tabelle zeigt. An der Spitze stehen Kraftstoffe und Heizöl (497 000 t). Im Vergleich hierzu hat der Empfang von Kohle (29 000 t) nur untergeordnete Bedeutung. Der umfangreiche Umschlag von Getreide, Futter- und Düngemitteln bringt die starke Verknüpfung Rendsburgs mit seinem Hinterland zum Ausdruck. So wurden im vergangenen Jahr 245 000 t chemische und natürliche Düngemittel, 34 000 t Futtermittel und 14 000 t Getreide, vorwiegend Mais, gelöscht. Die Landwirtschaft trat jedoch nicht nur als Abnehmer, sondern auch als Lieferant auf. So wurden Roggen und Gerste (7 000 t) zum Versand gebracht. Findlinge, Kiesel und andere zerkleinerte Steine (234 000 t) sind für das Kalksandsteinwerk bestimmt. Die Schiffswerft deckte sich mit Eisen und Stahl ein. Insgesamt wurden 13 000 t Eisen und Stahl (einschl. Eisen- und Stahlabfälle) gelöscht.

Güterhauptgruppe	Rendsburg 1972	
	Empfang	Versand
	1 000 t	
Getreide	14	9
Futtermittel	34	1
Steinkohle, -briketts	29	-
Kraftstoffe, Heizöl	497	-
Eisen, Stahlabfälle	5	15
Steine und Erden	238	-
Natürliche Düngemittel	14	-
Chemische Düngemittel	231	21

Die Güterstruktur des Hafens Flensburg spiegelt die Bedürfnisse der Landwirtschaft,

²) siehe Schiffsverkehrsbericht 1972 der Stadt Kiel

aber auch der örtlichen Industrie. 1972 wurden umgeschlagen

Güterhauptgruppe	Flensburg 1972	
	Empfang	Versand
	1 000 t	
Getreide	40	26
Holz und Kork	13	-
Futtermittel	129	0
Steinkohle, -briketts	79	4
Kraftstoffe, Heizöl	94	-
Sand, Kies, Bims, Ton	3	8
Sonstige Steine und Erden	94	-
Chemische Düngemittel	16	-
Zellstoff, Altpapier	11	0

33% des gesamten Umschlages entfielen auf die Energieträger Kraftstoffe und Heizöl (94 000 t) auf der einen, Steinkohle und Koks (86 000 t) auf der anderen Seite. Einen wichtigen Posten auf der Empfängerseite bilden auch Findlinge, Schotter, Kiesel und andere zerkleinerte Steine (94 000 t). Dazu kamen 1972 noch 3 000 t Sand und Kies. Holz und Zellstoff dienen ebenso wie Stahlblech und Bandstahl der ortsansässigen Industrie (Papierherzeugung, Schiffbau). Die Landwirtschaft versorgte sich mit Futtermitteln (129 000 t) und Düngemitteln (17 000 t). Als Produzent steuerte sie hauptsächlich Getreide bei (26 000 t). Noch bedeutender als der Versand war der Empfang von Getreide (40 000 t). Erwähnenswert sind im Empfang noch lebende Tiere, im Versand Schlacken und Aschen.

Der Güterumschlag im Hafen Itzehoe wird durch die Zementfabriken in Itzehoe und Lägerdorf geprägt. 64 000 t Gips und 37 000 t Zement wurden empfangen. Der Versand von Zement betrug 60 000 t. In den letzten Jahren ist sowohl in Itzehoe als auch in Lägerdorf der Versand von Zement erheblich zurückgegangen. Demgegenüber hat der Empfang von Kraftstoffen und Heizöl auf Kosten der Steinkohle beträchtlich zugenommen. Im vergangenen Jahr wurden 140 000 t gelöscht. Darüber hinaus wurden nur noch Getreide (36 000 t) und Futtermittel (39 000 t) in nennenswertem Umfang empfangen. Erwähnenswert ist noch der Versand von Getreide (12 000 t) und mineralischen Baustoffen (11 000 t).

In Uetersen dominiert der Gütereingang. Es wurden in erster Linie Futtermittel (95 000 t) und Getreide (44 000) gelöscht. Holz (26 000 t)

und Zellstoff (37 000 t) sind für die Papierherzeugung bestimmt. Ferner wurden Lehm, Ton und tonhaltige Erden (16 000 t), Sand und Kies (9 000 t), Ölsaaten und -früchte (4 000 t) sowie Gemüseerzeugnisse (5 000 t) empfangen. Futtermittel (5 000 t) und Getreideerzeugnisse (7 000 t) verließen den Hafen Uetersen.

Der Güterumschlag in Geesthacht erschöpft sich im Empfang von Sand, Kies und Lehm (79 000 t) sowie von Steinen (105 000 t), vermutlich in erster Linie für den Staudamm und die Uferbefestigungen der Elbe.

Husum hat ein nahezu ausgeglichenes Verhältnis zwischen ankommenden und abgehenden Gütermengen. Den Schwerpunkt bilden landwirtschaftliche Erzeugnisse und Güter für den Agrarbereich. So wurden 14 000 t Getreide, 26 000 t Futtermittel und 19 000 t chemische Düngemittel empfangen. Demgegenüber wurden 45 000 t Getreide, 2 000 t Futtermittel sowie 7 000 t Ölsaaten und -früchte auf die Reise geschickt. Eine gewisse Bedeutung hat noch der Versand von Torf (1 000 t). Erwähnenswert ist auch der Empfang von Kraftstoffen (19 000 t) und Holz (3 000 t) sowie der Versand von Steinen und Kiesel (19 000 t). In den letzten Jahren hat sich der Gesamtumschlag in Husum ständig ausgeweitet. Hierzu trug vor allem der Getreideumschlag bei, aber auch der Empfang von Kraftstoffen hat an Bedeutung zugenommen. Dagegen ist der Versand von Sand immer mehr zurückgegangen.

In Glückstadt werden vor allem Rohstoffe für die Papierfabrik umgeschlagen. 27 000 t Baumwolle (Linters), 39 000 t Holzschliff und 16 000 t Holz wurden ausgeladen. Dazu kommt noch eine größere Menge China-Clay. Auch der Kraftstoff (43 000 t) dürfte hauptsächlich für die Papierfabrik bestimmt sein. Für die Landwirtschaft gingen Melasse (9 000 t), chemische Düngemittel (1 000 t) und Futtermittel (1 500 t) ein. Außerdem wurden 1 000 t Getreide gelöscht. Der Versand ist unbedeutend.

Ebenso wie in Glückstadt und Uetersen bestimmt auch in Elmshorn ein größerer Betrieb, in diesem Fall ein Mühlenbetrieb, das Geschehen. Insgesamt wurden 75 000 t Getreide (Gerste, Hafer und Mais) empfangen. An zweiter Stelle rangieren im Empfang Futtermittel (16 000 t). Es folgen chemische Düngemittel und Holz (jeweils 2 000 t). Getreide (3 000 t) und Schrott (2 000 t) sind die herausragenden Posten auf der Versandseite.

Karlheinz König

Nähere Angaben sind im Statistischen Bericht H II/S enthalten

Die Entwicklung der Kapitalgesellschaften in Schleswig-Holstein von 1968 bis 1972

Der Bestand an Kapitalgesellschaften in Schleswig-Holstein ist in den Jahren 1968 bis 1972 im wesentlichen von einem anhaltenden Rückgang der Aktiengesellschaften, von einer ständig wachsenden Zahl von Gesellschaften mit beschränkter Haftung sowie durch eine erhebliche Zunahme des Grund- und Stammkapitals beeinflusst worden. Im Handelsregister der Amtsgerichte waren am 31. 12. 1972 insgesamt 3 079 Kapitalgesellschaften eingetragen, deren Kapitalausstattung sich auf 1,5 Mrd. DM belief. Gegenüber dem 1. 1. 1968 hat sich damit die Zahl der Gesellschaften um 1 327 (+ 76%) erhöht. Das Grund- oder Stammkapital nahm im gleichen Zeitraum weniger stark zu, nämlich nur um 46%, was auf einen Zugang von überwiegend kapitalschwachen Gesellschaften im Berichtszeitraum schließen läßt.

Der Bestand an Kapitalgesellschaften

Jahres- ende	Kapital- gesellschaften insgesamt		Aktien- gesellschaften		Gesellschaften mbH	
	Anzahl	Kapital in Mill. DM	Anzahl	Grund- kapital in Mill. DM	Anzahl	Stamm- kapital in Mill. DM
1967	1 752	1 027,1	65	365,0	1 687	662,2
1968	1 929	1 133,7	66	413,3	1 863	720,3
1969	2 137	1 172,5	63	432,5	2 074	740,0
1970	2 346	1 288,9	62	448,5	2 284	840,4
1971	2 580	1 436,0	61	476,4	2 519	959,6
1972	3 079	1 503,9	55	499,2	3 024	1 004,7

Die Statistik der Kapitalgesellschaften beruht in Schleswig-Holstein auf den Meldungen der Amtsgerichte. Die Amtsgerichte haben gemäß der Anordnung über Mitteilungen in Zivilsachen (MiZi) dem Statistischen Landesamt bestimmte Eintragungen in die Handelsregister (Abteilung B) abschriftlich mitzuteilen¹. Der Erhebungsumfang der Statistik bezieht sich daher auf alle Kapitalgesellschaften, die im Handelsregister enthalten sind. Dies sollte beachtet werden, wenn sich im Vergleich mit den Ergebnissen aus anderen Zählungen erhebliche Differenzen insbesondere in der Anzahl der GmbH ergeben, z. B. im Vergleich mit der Arbeitsstättenzählung 1970. Die Arbeitsstättenzählung stützt sich auf völlig andere methodische Voraussetzungen als die

1) siehe Kapitel XXI/1 dieser Anordnung

Statistik der Kapitalgesellschaften und führt somit auch zu anderen Ergebnissen².

Gesellschaften mbH

Die sprunghafte Zunahme der Zahl der Gesellschaften mit beschränkter Haftung, wie sie insbesondere im Jahre 1972 zu beobachten war (allein in diesem Jahre kamen über 500 neue Gesellschaften hinzu), geht weniger auf rein wirtschaftliche Ursachen zurück; vielmehr waren für die Entwicklung die derzeit in der Bundesrepublik Deutschland geltenden rechtlichen Bestimmungen von erheblichem Einfluß. Gerade sie ließen die Rechtsform der GmbH besonders attraktiv erscheinen. Beschränkung der persönlichen Haftung auf die Stammeinlage, einfache Gründungsformalitäten (Mindeststammkapital: 20 000 DM, Mindestzahl der Gesellschafter: 2) sowie das Fehlen von Vorschriften über eine regelmäßige Veröffentlichung des Geschäftserfolges³ haben im Laufe der Zeit dazu geführt, daß sich immer mehr Unternehmer dieser Gesellschaftsform zuwandten. Im Jahre 1972 war die Zahl der Zugänge besonders stark, vermutlich da das Gesetz über steuerliche Maßnahmen bei Änderung der Unternehmensform aus dem Jahre 1969⁴ unter bestimmten Voraussetzungen bei Umwandlung bis zum Ende des Jahres 1972 verschiedene steuerliche Erleichterungen vorsah.

Die Zugänge von Gesellschaften mbH beschränken sich in letzter Zeit mehr und mehr auf Unternehmen mit einem Stammkapital von nur 20 000 DM. Diese Summe ist verhältnismäßig leicht auch von einem Einzelkaufmann nachzuweisen, und es drängt sich der Eindruck auf, daß die Zugänge der vielen "Kapital"-Gesellschaften in letzter Zeit weniger die Beschaffung des notwendigen Kapitals durch

2) Der geringere Erhebungsumfang der Gesellschaften mbH in der Arbeitsstättenzählung geht u. a. darauf zurück, daß von der AZ nur Unternehmen gezählt wurden, die als Arbeitsstätten mit Beschäftigten erkennbar waren, während die Statistik der Kapitalgesellschaften auch Schein-, Mantel-, Holdinggesellschaften u. ä. erfaßt, die zwar ins Handelsregister eingetragen, aber womöglich nicht als Arbeitsstätte von außen zu erkennen sind und auch keine ständig Beschäftigten haben. Die heute immer häufiger auftretenden "Gesellschaften mbH und Co. KG" wurden in der AZ als Ganzes, also als KG, gezählt, wogegen die Statistik der Kapitalgesellschaften unter ihnen nur die Komplementäre, also die Gesellschaften mbH, ausweist

3) nur für Großgesellschaften mbH sieht das "Gesetz über die Rechnungslegung von bestimmten Unternehmen und Konzernen" vom 15. 8. 1969 (BGBl. I S. 1189) neuerdings bestimmte Veröffentlichungspflichten vor

4) vom 14. 8. 1969 (BGBl. I S. 1163)

Entwicklung der Kapitalgesellschaften
1968 bis 1972

Bestand Zu- und Abgang	Aktien- gesell- schaften		Gesell- schaften mit beschränkter Haftung	
	An- zahl in Mill. DM	Grund- kapital in Mill. DM	An- zahl in Mill. DM	Stamm- kapital in Mill. DM
Bestand am 31. 12. 1967	65	365,0	1 687	662,2
Zugänge in 5 Jahren darunter	16	234,1	1 892	548,0
Gründung, Umwandlung, Fortsetzung Sitzverlegung innerhalb des Bundesgebietes (einschließlich Berlin-West)	15	75,5	1 739	161,9
Kapitalerhöhung	1 (39)	6,0 152,7	153 (419)	46,3 338,9
Abgänge in 5 Jahren darunter	26	99,9	555	205,4
Liquidationseröffnung	2	10,3	194	14,0
Konkurseröffnung	-	-	29	8,4
Fusion	6	14,7	5	1,3
Umwandlung	14	64,1	132	121,0
Sitzverlegung	2	3,2	89	40,6
Kapitalherabsetzung	(3)	5,6	(19)	13,7
Sonstige Abgänge	2	2,1	106	3,7
Bestand am 31. 12. 1972	55	499,2	3 024	1 004,7

die Gesellschafter bezweckt haben als vielmehr anderen Zielen dienten, z. B. der Haftungsbeschränkung und der Steuerersparnis. Der Gesetzgeber ist z. Z. bemüht, das GmbH-Gesetz, das in seinen wesentlichen Punkten unverändert seit dem Jahre 1892 gilt, zu reformieren, nicht zuletzt um Mißbräuchen dieser Gesellschaftsform nach Möglichkeit den Boden zu entziehen.

Der Bestand an Gesellschaften mbH erhöhte sich in der Zeit vom 1. 1. 1968 bis zum Jahresende 1972 von 1 687 auf 3 024, was einem Zuwachs von 79% innerhalb von fünf Jahren entspricht. Der Anteil der GmbH an der Zahl aller erfaßten Kapitalgesellschaften stieg damit um 2 Punkte auf nunmehr 98%. Das Stammkapital nahm in dieser Zeit ebenfalls kräftig zu. Es erhöhte sich um 343 Mill. DM und überschritt zum Jahresende 1972 erstmals die Milliarden-Grenze. Der Zuwachs an Stammkapital fiel jedoch mit + 52% nicht so stark aus wie der Zugang an Gesellschaften, was zu einer weiteren Minderung der durchschnittlichen Kapitalausstattung je Gesellschaft mbH führte. Während das durchschnittliche Stammkapital einer Gesellschaft Anfang 1968 noch 393 Tsd. DM betrug, waren es zum Ende des Berichtszeitraumes nur noch 332 Tsd. DM. Die Kapitalausstattung je Gesellschaft mbH hätte infolge der zahlreichen Zugänge von Unternehmen nur mit Mindesteinlage noch stärker abgenommen, wenn nicht gleichzeitig einige große Gesellschaften ihr Stammkapital erheblich erhöht hätten.

Kapitalausstattung je Gesellschaft 1967 bis 1972
in 1 000 DM

Jahresende	Aktiengesellschaft	Gesellschaft mbH
1967	5 615	393
1968	6 263	387
1969	6 864	357
1970	7 234	368
1971	7 810	381
1972	9 076	332

Von den 1 892 Zugängen an Gesellschaften mbH im Berichtszeitraum entfiel der größte Teil auf Neugründungen sowie Umwandlungen. Fortsetzungen und Sitzverlegungen aus dem übrigen Bundesgebiet nach Schleswig-Holstein wurden demgegenüber seltener von den Amtsgerichten gemeldet. Der größte Teil des Kapitalzuwachses geht auf Kapitalerhöhungen bestehender Gesellschaften zurück. 419 Gesellschaften mbH stockten in den letzten fünf Jahren ihr Stammkapital um insgesamt 339 Mill. DM auf; das ist über das Doppelte dessen, was von den 1 739 Neugründungen und Umwandlungen oder Fortsetzungen an Stammkapital eingebracht wurde.

Unter den Abgängen der Gesellschaften mbH ist zum einen die erhebliche Zahl von Liquidations- und Konkurseröffnungen hervorzuheben. 223 Gesellschaften wurden entweder liquidiert oder mußten einen Antrag auf

Die größten Gesellschaften mbH mit Sitz in Schleswig-Holstein
am 31. 12. 1972

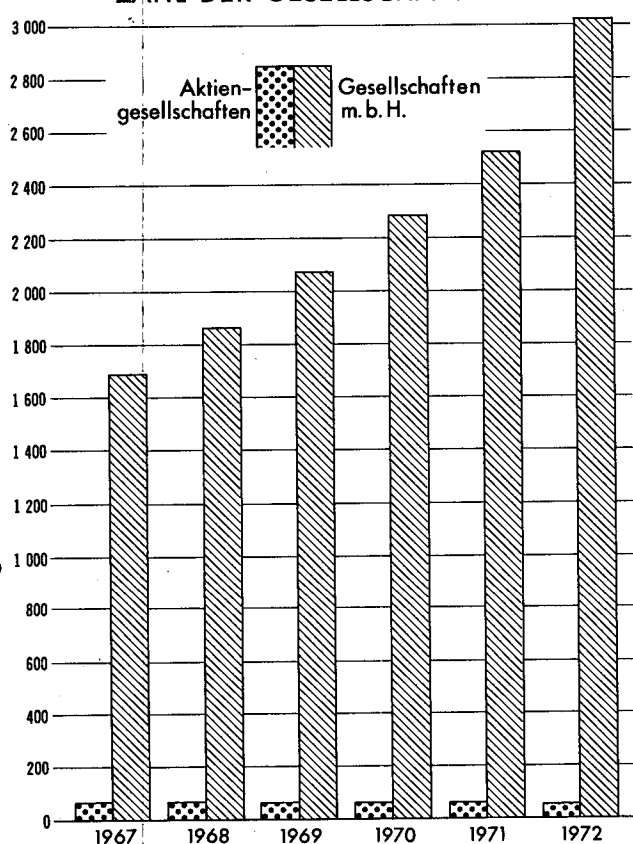
	Stammkapital in Mill. DM am Jahresende	
	1972	1967
General Foods GmbH, Elmshorn	70,5	44,5
L. Possehl & Co. GmbH, Lübeck	50,0	30,0
Versorgung und Verkehr Kiel GmbH, Kiel	42,3	42,3
CONDEA Petrochemie GmbH, Brunsbüttel	40,0	40,0
MaK Maschinenbau GmbH, Kiel	40,0	.
Gelsenberg Faserwerke GmbH, Neumünster	20,0	.
Lehment GmbH, Kiel	19,0	.
Wohnungsbaugesellschaft Schleswig-Holstein GmbH, Kiel	17,5	6,0
HAGENUK vorm. Neufeldt & Kuhnke GmbH, Kiel	16,0	10,0
JURID-WERKE GmbH, Glinde	13,5	10,6
Rockwell GmbH, Pinneberg	13,0	13,0
DANFOSS-Flensburg Automatische Schalt- und Regelapparate GmbH, Flensburg	12,0	4,5
DR. ING. RUDOLF HELL GmbH, Kiel	12,0	.
NEUE HEIMAT SCHLESWIG-HOLSTEIN Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft mbH, Kiel	12,0	8,0
ELEKTROACUSTIK GmbH, Kiel	10,0	6,0
Industriewerke Transportsysteme GmbH, Lübeck	10,0	.
Neumünstersche Maschinen- und Apparatebau GmbH (Neumag), Neumünster	10,0	3,0
Paul Erasmi & Co. GmbH, Lübeck	9,2	17,0
Wilhelm Fette GmbH, Schwarzenbek	9,0	.
OLEONAPHTA Chemische Fabrik GmbH, Brunsbüttel	9,0	9,0

Die Zahl der Kapitalgesellschaften mit Sitz in Schleswig-Holstein und ihre Kapitalausstattung 1967-1972

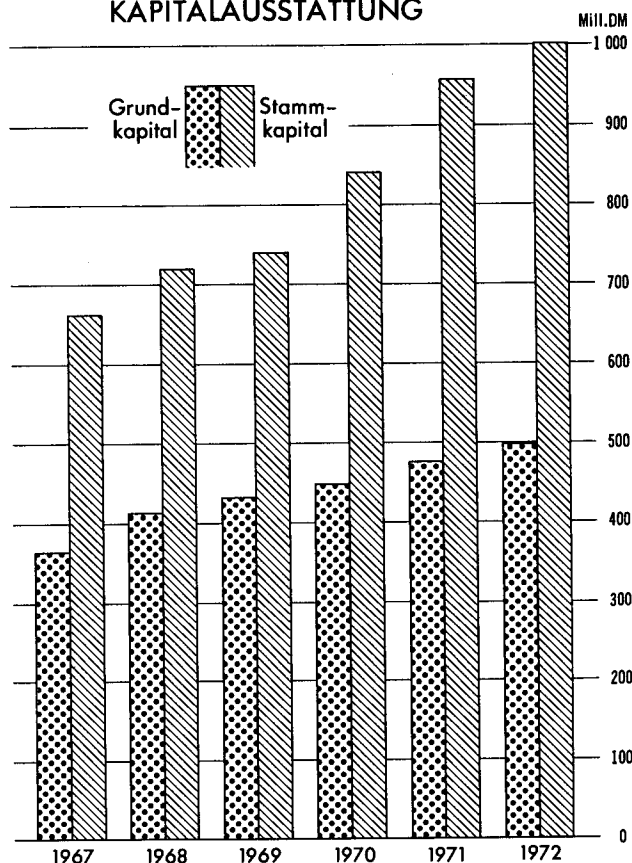
D - 4547

(Stand jeweils am Jahresende)

ZAHL DER GESELLSCHAFTEN



KAPITALAUSSTATTUNG



Konkurrenzeröffnung stellen; die Auswirkungen auf die Veränderung des Stammkapitals waren hierdurch verhältnismäßig gering. Weitere 221 Gesellschaften mbH wurden während der Jahre 1968 bis 1972 in den Handelsregistern der Amtsgerichte gelöscht, weil sie entweder eine andere Rechtsform angenommen oder ihren Unternehmenssitz in ein anderes Bundesland verlegt hatten. In beiden Fällen waren hiermit erhebliche Kapitalabgänge verbunden.

Aktiengesellschaften

Die Zahl der Aktiengesellschaften ging im Laufe der Berichtszeit um 10 von 65 auf 55 Unternehmen zurück (- 15%). Gleichzeitig erhöhte sich aber das Grundkapital um über ein Drittel auf knapp 0,5 Mrd. DM. Die Aktiengesellschaft stellt die reinste Form einer Kapitalgesellschaft dar. Dies kommt deutlich in ihrer hohen Kapitalausstattung zum Ausdruck. Sie ist je Gesellschaft um ein vielfaches höher als die der Gesellschaften mbH, deren Stammkapital häufig so niedrig ist, daß seine Beschaffung und Erhaltung im Rahmen des Geschäftszweckes eigentlich nur eine nebensächliche Rolle spielt. Im Berichtszeitraum haben sich die Unterschiede in der

Kapitalausstattung je Gesellschaft weiter erheblich vergrößert. Während Ende 1967 das Grundkapital der Aktiengesellschaften im Durchschnitt 14mal größer war als das Stammkapital der Gesellschaften mbH, so belief sich zum 31. 12. 1972 die Differenz bereits auf das 27fache. Das Grundkapital je AG erhöhte sich in der Berichtszeit von 5,6 Mill. DM um 62% auf 9,1 Mill. DM, während es bei den Gesellschaften mbH zu dem bereits oben erwähnten Rückgang um 16% kam, der hauptsächlich von der Entwicklung im Jahre 1972 beeinflusst worden ist.

Die Zugänge an Grundkapital im Berichtszeitraum um 234 Mill. DM sind rein statistisch gesehen zu etwa zwei Dritteln auf Kapitalerhöhungen bereits bestehender Gesellschaften zurückzuführen. Hiervon entfallen allein 71 Mill. DM auf die Howaldtswerke-Deutsche Werft AG, Hamburg und Kiel, die - Ende 1967 mit einem Grundkapital von nur 4 Mill. DM gegründet - von Januar 1968 bis Dezember 1972 ihr Grundkapital 3mal aufstockte⁵. Wirt-

5) Inzwischen haben im Frühjahr 1973 die Howaldtswerke-Deutsche Werft AG ihr Grundkapital noch einmal um 25 Mill. DM erhöht. Es beträgt jetzt 100 Mill. DM. Die Schiffswerft ist damit die größte Kapitalgesellschaft mit Sitz in Schleswig-Holstein geworden

Die größten Aktiengesellschaften mit Sitz in Schleswig-Holstein
am 31. 12. 1972

	Grundkapital in Mill. DM am Jahresende	
	1972	1967
Schleswig-Holsteinische Stromversorgungs-AG, Rendsburg	90,0	70,0
Stadwerke Kiel AG, Kiel	77,0	77,0
Howaldtswerke-Deutsche Werft AG, Hamburg und Kiel, Kiel	74,9	4,0
Drägerwerk AG, Lübeck	45,0	.
Schiffshypothekenbank zu Lübeck AG, Lübeck	26,0	16,0
Westbank Aktiengesellschaft, Husum	22,0	11,4
Lübecker Flender-Werke Aktiengesellschaft, Lübeck	20,0	15,0
Wirtschaftsaufbaukasse Schleswig-Holstein AG, Kiel	13,0	10,0
Breitenburger Portland Cement Fabrik, Lägerdorf	12,0	12,0
Landesgenossenschaftsbank Kiel AG, Kiel	10,8	.
Kieler Verkehrsaktiengesellschaft, Kiel	10,5	10,5
Handelsbank in Lübeck, Lübeck	9,0	5,6
Lübecker Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Lübeck	9,0	4,0
Peter Temming AG, Glückstadt	9,0	9,0
BANK COMPANIE NORD Aktiengesellschaft, Kiel	8,0	.
Flensburger Schiffbau-Gesellschaft, Flensburg	8,0	6,6
Nordfleisch-Aktiengesellschaft, Schleswig	8,0	5,0
Schleswig-Holsteinische Zucker AG, Schleswig	6,6	6,6
Lübeck Linie Aktiengesellschaft, Lübeck	5,0	1,0

schaftlich gesehen handelt es sich hierbei nur zu einem Teil um eine echte Kapitalerhöhung, weil in den Aufstockungen auch Zugänge enthalten sein dürften, die aus der Übernahme der alten Kieler Howaldtswerke GmbH und der Howaldtswerke Hamburg AG stammen. Die Kieler Howaldtswerke GmbH sind erst im Jahre 1972 durch verschmelzende Umwandlung in die Howaldtswerke-Deutsche Werft AG eingegliedert worden. Zusammen mit dem Zugang durch Umwandlung des Drägerwerkes, Lübeck, aus einer OHG in eine Aktiengesellschaft (Grundkapital 45 Mill. DM) ergibt sich wirtschaftlich betrachtet über die Kapitalzugänge doch ein anderes Bild, als von der Statistik oben in der Tabelle ausgegeben wird.

Tatsächlich dürften die Zugänge aus Umwandlung die echten Kapitalerhöhungen überwiegen, während alle übrigen Zugänge (durch Neugründung, Fortsetzung, Sitzverlegung u. a.) demgegenüber nur von untergeordneter Bedeutung sind.

Die Abgänge an Grundkapital beliefen sich im Berichtszeitraum auf etwa 100 Mill. DM. Auch hier ging die Veränderung zu knapp zwei Dritteln auf Umwandlungen bestehender Gesellschaften in eine andere Rechtsform zurück. Die hierbei bevorzugte Rechtsform war die Gesellschaft mbH: unter 14 Abgängen von Aktiengesellschaften mit 64,1 Mill. DM Grundkapital befanden sich 13, die in eine GmbH umgewandelt wurden, und zwar mit einer Kapitalausstattung von insgesamt 63,9 Mill. DM. Hierunter sind wiederum die ehemaligen Kieler Howaldtswerke AG zu finden, die - noch vor Eingliederung in die Howaldtswerke-Deutsche Werft AG - in eine GmbH umgewandelt wurden. An weiteren Abgängen sind in der Reihenfolge der Höhe des davon betroffenen Kapitals die Fusionen mit anderen Unternehmen, die Liquidationseröffnungen und die Kapitalherabsetzungen, die Sitzverlegungen in ein anderes Bundesland und die sonstigen Abgänge zu nennen.

Die nähere Untersuchung der kapitalwirksamen Zu- und Abgänge führt zu dem Ergebnis, daß die Veränderungen zum überwiegenden Teil nur rein rechnerischer Natur sind. Da die Erhebung auf den Eintragungen in das Handelsregister beruht, kommen in ihr die wirtschaftlichen Veränderungen, wie etwa das im Produktionsprozeß eingesetzte Kapital oder ähnliches, nur in sehr beschränktem Maße zum Ausdruck.

Kapitalgrößenklassen

Besonders bei den Aktiengesellschaften, aber auch bei den Gesellschaften mbH zeigen die

Die Kapitalgesellschaften nach der Höhe des Kapitals

Kapitalgrößenklasse	Aktiengesellschaften				Gesellschaften mit beschränkter Haftung			
	1. 1. 1968		31. 12. 1972		1. 1. 1968		31. 12. 1972	
	Anzahl	Kapital in %	Anzahl	Kapital in %	Anzahl	Kapital in %	Anzahl	Kapital in %
bis einschl. 50 000 DM	-	-	-	-	1 140	4,0	2 320	5,3
50 000 - 100 000 DM	-	-	2	0,0	164	2,2	222	2,0
100 000 - 200 000 DM	6	0,3	5	0,1	97	2,4	115	1,9
200 000 - 500 000 DM	10	1,0	9	0,6	126	6,9	146	5,2
500 000 - 1 Mill. DM	12	2,8	7	1,3	61	7,3	73	5,9
1 Mill. - 3 Mill. DM	16	8,3	12	4,3	61	18,0	91	17,1
3 Mill. - 10 Mill. DM	13	20,0	9	13,3	29	23,5	43	25,1
über 10 Mill. DM	8	67,7	11	80,4	9	35,8	14	37,6
Insgesamt	65	100	55	100	1 687	100	3 024	100

Gliederungen nach Größenklassen die erwartete weitere Konzentration des Kapitals in den großen Unternehmen. Sieht man von der Kapitalgrößenklasse 50 000 bis 100 000 DM ab, so haben zwischen dem 1. 1. 1968 und dem 31. 12. 1972 in allen Größenklassen unter 10 Mill. DM sowohl die Zahl der Aktiengesellschaften wie auch ihr Anteil an der gesamten Kapitalausstattung abgenommen. Dagegen erhöhte sich die Zahl der AG's mit über 10 Mill. DM Grundkapital von 8 auf 11, und ihr Anteil am gesamten Grundkapital stieg von zwei Dritteln auf vier Fünftel.

Die Konzentrationstendenz des Stammkapitals der Gesellschaften mbH ist ebenfalls aus der vorstehenden Tabelle deutlich abzulesen. Sie ist schwächer als bei den Aktiengesellschaften. Dagegen tritt insbesondere die starke Zunahme der Gesellschaften mbH in der untersten Größenklasse deutlich hervor. Hier erhöhte sich ihre Anzahl im Berichtszeitraum auf über das Doppelte. Trotz des geringen Stammkapitals wirkte sich die Veränderung wegen der starken Besetzung auch auf den Anteil dieser kleinen Gesellschaften an der gesamten Kapitalausstattung aus. Er stieg in der untersten Kapitalgrößenklasse im Berichtszeitraum von 4,0 auf 5,3%.

Wirtschaftliche Gliederung

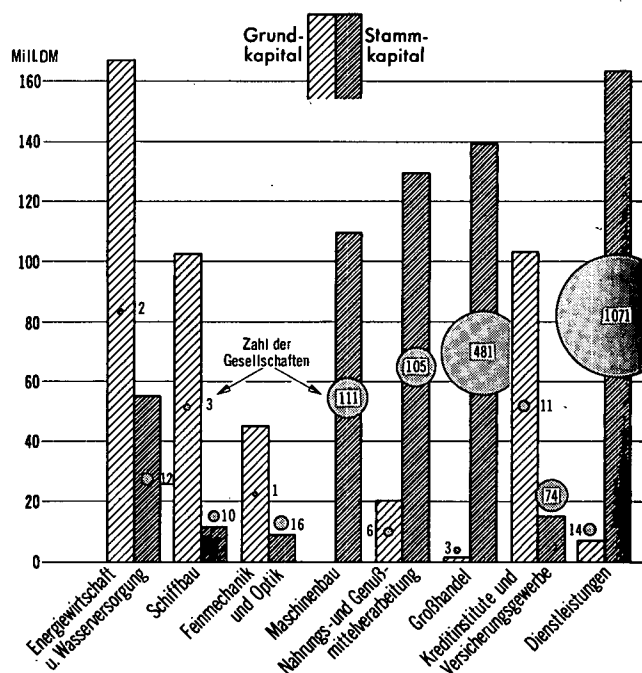
93% des von den Aktiengesellschaften ausgewiesenen Grundkapitals waren am 31.12.1972 im verarbeitenden Gewerbe (hierunter insbesondere im Schiffbau), in der Energiewirtschaft und Wasserversorgung sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe investiert. Diese 3 kapitalintensiven Wirtschaftsabteilungen waren auch zu Beginn der Berichtszeit mit über neun Zehnteln am gesamten Grundkapital beteiligt. Am Ergebnis hat sich also in den letzten Jahren nichts Wesentliches geändert; nach wie vor entfallen auf alle übrigen Wirtschaftsbereiche (Landwirtschaft, Baugewerbe, Handel, Verkehr und Dienstleistungen) weniger als ein Zehntel des gesamten Grundkapitals.

Auch unter den Gesellschaften mbH war das verarbeitende Gewerbe sowohl nach der Anzahl der Unternehmen als auch hinsichtlich des Stammkapitals am stärksten beteiligt. 760 Gesellschaften dieser Wirtschaftsabteilung hielten Ende 1972 über 55% des gesamten Stammkapitals in ihren Händen; hierunter waren insbesondere die Nahrungs- und Genussmittelverarbeitung und der Maschinenbau von erheblichem Gewicht. An zweiter Stelle nach dem verarbeitenden Gewerbe folgt mit erheblich geringerem Stammkapitaleinsatz der Handel, und zwar hauptsächlich der Groß-

Die Kapitalgesellschaften am 31. 12. 1972
in wirtschaftlicher Gliederung

Wirtschaftsabteilung	Aktiengesellschaften		Gesellschaften mit beschränkter Haftung	
	Anzahl	Grundkapital in Mill. DM	Anzahl	Stammkapital in Mill. DM
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	1	3,6	24	10,7
Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	2	167,0	12	55,3
Verarbeitendes Gewerbe	16	195,7	760	553,1
darunter				
Maschinenbau	—	—	111	109,6
Schiffbau	3	102,9	10	11,5
Nahrungs- und Genussmittelverarbeitung	6	20,3	105	129,3
Baugewerbe	—	—	206	12,5
Handel	3	1,8	665	165,0
darunter				
Großhandel	3	1,8	481	139,6
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	8	21,0	212	29,3
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	11	103,2	74	15,0
Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	14	6,9	1 071	163,8
Insgesamt	55	499,2	3 024	1 004,7

Das Nominalkapital der Kapitalgesellschaften
in ausgewählten Wirtschaftsbereichen am 31. 12. 1972



D - 4548

handel, der übrigens unter den Aktiengesellschaften in Schleswig-Holstein so gut wie bedeutungslos ist. Weiterhin stark erhöht hat

sich die Zahl der Gesellschaften mbH im Dienstleistungsbereich. Hier nahm die Anzahl der Unternehmen im Berichtszeitraum von 402 auf 1 071 zu, was einem Zuwachs von über 165% entspricht. Die kapitalmäßige Veränderung belief sich dagegen gleichzeitig nur auf + 40%. In diesem Wirtschaftsbereich ist ein besonders großer Anteil von Beteiligungs-

und Verwaltungsgesellschaften mit nur sehr geringem Kapitaleinsatz enthalten.

Klaus Scheithauer

Nähere Angaben sind im Statistischen Bericht D 1 1 enthalten. Vergleiche auch: "Die Entwicklung der Kapitalgesellschaften in Schleswig-Holstein von 1965 bis 1967" in dieser Zeitschrift 1968, S. 140 (Juni) und "Zahl und Nominalkapital der Kapitalgesellschaften 1972" in Wirtschaft und Statistik 1973, S. 162 (März)

Kurzberichte

Über 790 000 Lohnsteuerpflichtige in Schleswig-Holstein

Nach einem ersten noch nicht endgültigen Hochrechnungsergebnis aus der Lohnsteuerstatistik betrug die Zahl der Lohnsteuerpflichtigen in Schleswig-Holstein im Jahre 1971 rund 790 000. Das sind 22 000 Steuerpflichtige oder 2,9% mehr, als im Jahre 1968 von der vorhergehenden Lohnsteuerstatistik erfaßt wurden. Ihre Verteilung auf die einzelnen Bruttolohngruppen hat sich zwischen den

Die Lohnsteuerpflichtigen¹ nach Bruttolohngruppen in den Jahren 1968 und 1971

Bruttolohngruppe in DM	Lohnsteuerpflichtige ¹				Ver- änderung in %
	1968		1971 ²		
	Anzahl	%	Anzahl	%	
unter 2 400	94 951	12	65 919	8	- 31
2 400 - 4 800	61 720	8	50 508	6	- 18
4 800 - 7 200	72 521	9	45 300	6	- 38
7 200 - 9 600	104 052	14	49 721	6	- 52
9 600 - 12 000	120 523	16	60 094	8	- 50
12 000 - 16 000	154 085	20	128 283	16	- 17
16 000 - 20 000	80 866	11	127 319	16	+ 57
20 000 - 25 000	46 916	6	110 175	14	+ 135
25 000 - 36 000	25 493	3	111 898	14	+ 339
36 000 und mehr	6 844	1	41 009	5	+ 499
Insgesamt	767 791	100	790 226	100	+ 2,9

1) Ehegatten mit beiderseits Bruttolohn wurden als ein Steuerpflichtiger gezählt und in die Bruttolohngruppe eingeordnet, die ihrem zusammen-gerechneten Bruttolohn entspricht, soweit die Lohnsteuerkarten der Ehegatten zusammengeführt werden konnten

2) vorläufiges Ergebnis

beiden Erhebungsjahren beträchtlich nach oben verschoben, wie die Tabelle ausweist.

Die Schichtung zeigt eine Abnahme der Steuerpflichtigen in den sechs unteren Bruttolohngruppen bis zum Schwellenwert von 16 000 DM. Besonders stark war der Rückgang in den Gruppen zwischen 7 200 und 12 000 DM. Er betrug hier jeweils über 50%. Dagegen nahm die Zahl der Steuerpflichtigen in den vier oberen Schichten erheblich zu. Die stärkste Besetzung fällt nunmehr in die Klassen zwischen 12 000 und 20 000 DM Bruttolohn. Diese beiden Klassen vereinigen etwa ein Drittel aller Lohnsteuerpflichtigen auf sich. Bemerkenswert ist auch die Entwicklung in der obersten Größenklasse. Die Zahl der "Spitzenverdiener" (dieser Ausdruck trifft unter den heutigen Verhältnissen eigentlich nur noch für einen geringen Teil der Arbeitnehmer in dieser Größenklasse zu) erhöhte sich auf fast das 6fache, von 6 844 auf 41 009. Erfahrungsgemäß dürfte ihre Anzahl in Wirklichkeit infolge Untererfassung noch etwas höher liegen. Die weitere Unterteilung dieser nach oben hin offenen Klasse ist noch nicht aufbereitet.

Hierüber wie auch über andere Ergebnisse aus der Lohnsteuerstatistik 1971 wird an dieser Stelle demnächst berichtet.

Klaus Scheithauer

Nähere Angaben sind im Statistischen Bericht L IV 2 enthalten. Vergleiche auch: "Die Bruttolöhne der Arbeitnehmer und ihre Besteuerung im Jahre 1968" in dieser Zeitschrift 1971, S. 73 (April)

ERLÄUTERUNGEN: Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen. Der Ausdruck "Kreise" steht vereinfachend für "Kreise und kreisfreie Städte". Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde. Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5". Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit, p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt. Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null
- 0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit
- . = Zahlenwert unbekannt, nicht eingesetzt oder sinnlos
- ... = Zahlenwert noch nicht bekannt

STATISTISCHE MONATSFESTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

26. Jahrgang . Heft 2 . Februar 1974

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1971	1972	1972			1973			
				Monats- durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 529	2 554	2 562	2 564	2 564	2 580
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 473	1 370	1 555	972	1 406	1 254
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	7,0	6,4	5,3	4,6	6,5	5,9
*Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 794	2 440	2 272	2 044	2 258	2 038
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	13,3	11,5	10,4	9,7	10,4	9,6
*Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 663	2 730	2 683	2 637	2 847	2 451
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	12,6	12,8	12,3	12,5	13,1	11,6
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	57	49	40	39	53	39
*	je 1 000 Lebendgeborene	20,5	19,9	17,6	19,1	23,5	19,1
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	+ 131	- 290	- 411	- 593	- 589	- 413
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	+ 0,6	- 1,4	- 1,9	- 2,8	- 2,7	- 1,9
Wanderungen										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	9 013	8 527	10 236	8 280	7 354	7 904
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	6 425	6 530	8 596	6 544	6 536	7 244
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 2 588	+ 1 997	+ 1 640	+ 1 736	+ 818	+ 660
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 288	10 400	12 813	10 539	10 910	10 443
Wanderungsfälle	Anzahl	25 726	25 456	31 645	25 363	24 800	25 591
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	171	168	204	170	164	170
Arbeitslage										
*Arbeitslose	1 000	9	12	11	13	15	11	14	19	27
darunter *Männer	1 000	5	7	5	6	8	5	7	10	16
Offene Stellen	1 000	22	19	18	16	15	20	17	14	11
darunter für Männer	1 000	13	11	12	11	10	14	12	10	7
Landwirtschaft										
Viehbestand										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 364 ^a	1 421 ^a	.	.	1 421
darunter *Milchkühe	1 000	477 ^a	498 ^a	.	.	498
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	477 ^a	498 ^a	.	.	498
*Schweine	1 000	1 667 ^a	1 598 ^a	.	.	1 598	1 717
darunter *Zuchtsauen	1 000	169 ^a	161 ^a	.	.	161	163
darunter *trächtig	1 000	106 ^a	100 ^a	.	.	100	99
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	35	29	44	33	25	40	55	47	29
*Kälber	1 000 St.	2	2	1	1	1	1	1	1	1
*Schweine	1 000 St.	209	205	225	215	211	193	227	215	197
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	9 ^b	8 ^c	7	15	14	3	6	12	12
*Schlachtungsmengen 5) aus gewerblichen Schlachtungen										
(ohne Geflügel)	1 000 t	25,1	23,7	29,8	25,2	22,8	26,6	32,9	28,8	22,4
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	8,5	7,2	11,2	8,0	6,3	10,5	14,1	11,6	7,2
*Kälber	1 000 t	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
*Schweine	1 000 t	16,4	16,3	18,3	17,0	16,3	16,0	18,6	17,1	15,1
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	243	257	265	264	265	264	265	266	262
Kälber	kg	66	78	99	83	91	97	100	98	100
Schweine	kg	82	83	84	85	83	84	84	84	82
Geflügel										
Eingelegte Bruteier 6)	1 000	580	518	575	455	169	384	481	520	467
*für Legehennenküken	1 000	825	877	944	914	888	819	768	949	581
*für Masthühnerküken	1 000	825	877	944	914	888	819	768	949	581
*Geflügelfleisch 7)	1 000 kg	755	843	896	870	774	784	1 027	785	666
*Milcherzeugung										
darunter *an Meiereien geliefert	1 000 t	174	178	122	138	167	121	122	138	165
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	92	92	91	92	92	93	92	93	93
	kg	11,8	12,0	8,1	9,5	11,0	8,1	7,9	9,2	10,7

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort

2) nach der Wohngemeinde der Mutter

3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen

4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1971/72 = 12

c) Winterhalbjahr 1972/73 = 11

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1971	1972	1972			1973			
		Monats- durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Industrie und Handwerk										
Industrie⁸⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	191	188	188	188	186	190	190	189	186
darunter *Arbeiter 9)	1 000	143	139	140	139	138	140	140	139	137
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	23 229	22 242	23 443	23 611	21 651	22 268	24 073	23 942	20 666
*Löhne (brutto)	Mill. DM	173,7	185,9	192,7	212,1	198,6	207,2	215,4	246,2	218,5
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	75,8	85,0	82,9	98,4	98,9	94,8	95,4	117,0	117,4
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ¹⁰⁾	26	20	23	28	24	26	31	31	34
*Gasverbrauch ¹¹⁾	Mill. Ncbm	25,4	26,5	26,7	28,8	30,0	25,3	28,6	30,9	32,4
*Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. Ncbm	8,3	7,7	8,2	8,2	8,1	6,9	6,8	5,9	7,6
*Erd- und Erdölgas	Mill. Ncbm	17,1	18,7	18,5	20,6	21,9	18,4	21,8	25,1	24,8
*Heizölverbrauch	1 000 t	94	95	106	105	102	94	106	117	108
*Leichtes Heizöl	1 000 t	19	20	22	24	25	16	22	24	23
*Schweres Heizöl	1 000 t	75	75	84	81	77	79	85	93	86
*Stromverbrauch	Mill. kWh	160	165	185	182	168	181	198	192	173
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	34	34	41	41	38	34	42	47	47
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) ¹²⁾	Mill. DM	1 197	1 273	1 465	1 434	1 469	1 383	1 539	1 686	1 655
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	165	200	279	177	217	196	202	243	352
Produktionsindex (arbeitstäglich)										
*Gesamtindustrie	1962=100	169	172	181	185	191	196	192	205	181
*Bergbau	1962=100	119	109	109	104	104	99	99	97	95
*Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	1962=100	198	179	191	190	173	220	218	216	167
*Investitionsgüterindustrie	1962=100	183	192	204	201	239	225	207	233	220
*Verbrauchsgüterindustrie	1962=100	191	208	222	234	248	234	234	245	228
*Nahrungs- und Genussmittelindustrie	1962=100	131	134	137	148	138	140	147	157	136
außerdem										
Produktionsindex für die Bauindustrie	1962=100	135	144	162	154	156	162	160	140	...
Handwerk (Meßziffern)¹³⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	(Ende des Vierteljahres)	30.9.1962=100	95	95	.	.	95
*Umsatz (einschließlich Mehrwertsteuer)	Vj. -D 1962=100		171	196	.	.	244
darunter *Handwerksumsatz	Vj. -D 1962=100		178	207	.	.	265
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	272	266	229	310	301	350	244	304	321
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	488	545	565	606	640	525	628	655	691
*Gaserzeugung (brutto) ¹¹⁾	Mill. Ncbm	18	21	21	27	32	11	18	22	25
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	63 049	61 896	61 870	61 560	60 713	61 869	61 086	59 324	57 567
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	8 713	8 347	9 682	8 698	7 928	8 494	9 439	7 505	4 332
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	3 766	3 774	4 334	3 930	4 194	3 688	4 146	3 303	1 901
*Gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 258	1 347	1 554	1 461	1 142	1 431	1 517	1 287	805
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	3 484	3 047	3 535	3 111	2 446	3 151	3 508	2 672	1 505
*Löhne (brutto)	Mill. DM	78,2	83,2	99,8	92,7	84,6	97,7	110,1	88,3	57,4
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	8,4	9,7	10,0	11,3	13,6	11,7	10,9	13,3	14,4
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	217,3	256,4	289,5	296,2	485,1	331,8	305,7	296,5	452,0

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

8) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

9) einschließlich gewerblicher Auszubildender

10) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

11) umgerechnet auf den Heizwert von 4 300 kcal/Ncbm

12) ohne Umsatz in Handelsware und ohne Erlöse aus Nebengeschäften

13) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1971	1972	1972			1973			
		Monats- durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	977	991	1 099	939	771	898	1 012	620	439
darunter *mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	865	874	967	819	685	827	934	557	400
*umbauter Raum	1 000 cbm	1 096	1 124	1 295	1 028	806	880	963	715	442
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	157 576	180 223	204 903	175 503	135 856	157 714	172 694	126 037	80 028
*Wohnfläche	1 000 qm	209	212	250	198	155	214	173	136	85
*Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	157	158	214	201	136	197	214	174	104
*umbauter Raum	1 000 cbm	698	716	768	822	608	990	876	740	372
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	72 917	79 651	103 619	102 682	77 402	132 075	82 755	101 480	31 526
*Nutzfläche	1 000 qm	126	126	145	155	110	181	164	146	63
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 880	2 854	3 124	2 531	1 882	1 784	1 897	1 702	1 042
Baufertigstellungen										
Wohnungen ¹⁴⁾	Anzahl	2 356	2 629	1 810	2 113	17 088	1 808	2 013	2 479	...
Wohnräume	Anzahl	9 876	10 797	7 688	8 634	70 023	7 814	8 424	10 704	...
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	214,6	251,0	310,3	224,0	352,7	230,8	306,5	427,0	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	29,2	27,2	33,0	28,5	29,3	34,4	43,2	37,3	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	185,4	223,8	277,3	195,5	323,4	196,4	263,4	389,7	...
davon *Rohstoffe	Mill. DM	3,7	4,8	6,5	6,5	5,1	5,7	7,6	7,4	...
*Halbwaren	Mill. DM	11,5	9,9	12,4	11,4	8,7	15,9	33,3	28,0	...
*Fertigwaren	Mill. DM	170,2	209,2	258,5	177,6	309,7	174,8	222,4	354,3	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	15,7	16,4	19,8	15,7	18,4	21,7	24,5	22,5	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	154,5	192,7	238,7	161,9	291,3	153,1	197,9	331,8	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	65,4	68,6	78,4	61,0	84,8	113,8	149,5	147,9	...
darunter Italien	Mill. DM	19,9	20,1	23,8	16,5	27,2	25,4	26,8	25,4	...
Niederlande	Mill. DM	21,9	22,8	24,2	22,1	22,8	25,9	34,9	26,8	...
ab Januar 1973										
Dänemark	Mill. DM	17,0	17,3	22,2	17,4	20,0	21,9	34,3	26,4	...
Großbritannien	Mill. DM	12,6	40,3	9,3	11,1	95,7	11,9	14,3	32,9	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	58,6	89,9	81,5	75,1	149,4	39,8	68,8	155,4	...
darunter Norwegen	Mill. DM	3,9	5,0	5,1	6,3	4,9	10,5	30,4	121,0	...
Schweden	Mill. DM	8,3	8,3	10,7	7,5	10,0	10,2	16,0	13,5	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	32 015
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	36 934
*Index der Einzelhandelsumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)										
	1970=100
*Index der Gastgewerbeumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)										
	1970=100
Fremdenverkehr in 135 Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	190	187	126	78	72	226	p 136	p 79	p 68
darunter *von Auslandsgästen	1 000	19	18	13	9	8	20	p 15	p 9	p 6
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 546	1 537	554	273	258	1 856	p 632	p 285	p 264
darunter *von Auslandsgästen	1 000	40	41	26	20	17	39	p 31	p 19	p 14
Verkehr										
Seeschiffahrt ¹⁵⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 014	1 053	1 180	1 101	1 075	1 184
Güterversand	1 000 t	282	307	302	359	334	386
Binnenschiffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	253	243	261	255	256	224	261	278	212
*Güterversand	1 000 t	387	362	435	390	289	351	399	364	237
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	8 001	8 122	8 164	7 359	5 983	6 220	6 927	5 301	...
*Personenkraftwagen ¹⁶⁾	Anzahl	36	63	17	11	12	51	42	18	...
*Lastkraftwagen	Anzahl	7 126	7 234	7 171	6 562	5 297	5 461	6 123	4 769	...
	Anzahl	471	445	515	444	341	303	391	284	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 436	1 502	1 528	1 593	1 513	1 490	1 503	1 518	p 1 181
*Getötete Personen	Anzahl	76	71	70	75	68	57	60	86	p 35
*Verletzte Personen	Anzahl	1 972	2 023	1 921	2 137	1 980	1 952	1 918	1 984	p 1 507

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

14) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

15) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

16) einschließlich Kombinationskraftwagen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1971	1972	1972			1973			
		Monats- durchschnitt ^{d)}		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen¹⁷⁾										
*Kredite 18) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	17 984	20 540	20 022	20 123	20 540	22 291	22 403	22 627	...
darunter										
*Kredite 18) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	17 280	19 793	19 298	19 400	19 793	21 621	21 716	21 889	...
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	3 933	4 466	4 336	4 304	4 466	4 842	4 787	4 745	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	3 904	4 430	4 303	4 278	4 430	4 818	4 753	4 718	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	29	36	33	26	36	24	35	27	...
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	1 432	1 794	1 696	1 713	1 794	1 923	1 945	2 016	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	1 358	1 698	1 606	1 624	1 698	1 789	1 805	1 876	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	74	96	91	89	96	134	139	139	...
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	11 915	13 533	13 266	13 384	13 533	14 855	14 984	15 129	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	10 222	11 525	11 285	11 389	11 525	12 601	12 688	12 798	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 693	2 007	1 980	1 995	2 007	2 254	2 296	2 331	...
*Einlagen und offene Kredite ¹⁸⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	14 258	16 149	15 781	15 973	16 149	17 327	17 548	17 778	...
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	7 764	8 817	8 794	8 959	8 817	10 034	10 246	10 467	...
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 487	5 247	5 172	5 342	5 247	6 293	6 442	6 642	...
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	3 277	3 570	3 622	3 617	3 570	3 741	3 804	3 826	...
*Spareinlagen	Mill. DM	6 495	7 332	6 987	7 014	7 332	7 293	7 302	7 310	...
*bei Sparkassen	Mill. DM	4 049	4 495	4 282	4 296	4 495	4 449	4 452	4 452	4 686
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	353	395	341	349	718	324
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	296	326	295	323	401	318
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	12	13	10	16	22	19	20	17	39
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,7	0,9	1	-	2	-	-	3	3
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	357	393	446	413	399	376
*Wechselsumme	Mill. DM	1,064	1,131	1,219	1,170	1,010	1,564
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
*Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	266 929	314 873	282 216	261 525	543 659	459 751	280 948	426 521	616 629
*Steuern vom Einkommen	1 000 DM	186 345	221 614	190 286	162 235	443 662	373 565	196 046	328 344	527 352
*Lohnsteuer 19)	1 000 DM	126 774	149 077	174 756	149 564	227 738	160 880	163 234	316 893	255 681
*veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	45 774	58 557	8 793	7 281	186 343	176 868	22 228	-10 199	235 918
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	1 651	1 700	1 238	1 411	1 861	2 351	734	491	615
*Körperschaftsteuer 19)	1 000 DM	12 147	12 280	5 999	3 979	27 720	33 467	9 850	21 159	35 138
*Steuern vom Umsatz	1 000 DM	80 583	93 259	91 930	99 290	99 997	86 185	84 901	98 177	89 277
*Umsatzsteuer	1 000 DM	59 882	69 991	66 638	69 559	73 565	60 811	57 247	68 488	61 948
*Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	20 702	23 268	25 292	29 730	26 432	25 375	27 655	29 689	27 329
*Bundessteuern	1 000 DM	90 364	101 340	99 361	97 958	141 221	112 247	111 256	133 726	172 386
*Zölle	1 000 DM	9 428	10 910	12 448	13 954	12 141	9 692	11 177	10 741	10 654
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	75 362	85 163	83 990	81 206	118 118	93 366	96 254	118 887	148 975
*Landessteuern	1 000 DM	25 763	28 267	26 003	37 179	22 353	22 438	27 414	39 731	20 734
*Vermögensteuer	1 000 DM	5 272	5 272	661	14 617	1 236	1 156	981	16 830	1 674
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	14 462	16 236	18 145	16 181	14 472	15 396	19 427	16 762	12 276
*Biersteuer	1 000 DM	1 013	1 018	1 015	1 005	977	1 269	949	655	755
*Gemeindesteuern im Vierteljahr	1 000 DM	140 471 ⁺	156 174 ⁺	.	.	175 344	189 166	.	.	209 612
*Grundsteuer A 20)	1 000 DM	6 949 ⁺	7 177 ⁺	.	.	6 955	7 194	.	.	6 694
*Grundsteuer B 21)	1 000 DM	22 200 ⁺	24 119 ⁺	.	.	22 855	30 360	.	.	25 417
*Gewerbesteuer	1 000 DM	86 515 ⁺	97 117 ⁺	.	.	116 531	118 294	.	.	146 006
nach Ertrag und Kapital (brutto) ²²⁾	1 000 DM	12 259 ⁺	14 210 ⁺	.	.	14 804	16 106	.	.	16 248
*Lohnsummensteuer	1 000 DM			
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
*Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	227 530	257 467	246 389	223 259	417 769	331 408	275 035	288 229	482 359
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	74 647	88 868	66 963	60 758	192 845	163 140	85 041	90 688	229 264
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	56 408	60 653	59 774	64 544	65 004	56 021	55 186	63 815	58 030
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	6 110	6 607	20 291	-	18 698	-	23 553	-	22 680
*Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	174 664	201 260	202 642	180 227	303 790	274 548	191 244	287 173	348 011
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	86 188	102 089	91 477	77 588	192 845	163 140	85 041	183 099	229 264
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	56 603	64 297	64 870	65 460	69 894	88 970	55 236	64 343	75 333
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	6 110	6 607	20 291	-	18 698	-	23 553	-	22 680
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	185 026 ⁺	207 218 ⁺	.	.	274 814	236 121	.	.	338 781
*Gewerbesteuer	1 000 DM	43 261 ⁺	57 480 ⁺	.	.	38 552	70 680	.	.	53 541
nach Ertrag und Kapital (netto) ²⁴⁾	1 000 DM			
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	87 810 ⁺	90 682 ⁺	.	.	177 450	94 569	.	.	221 634

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1971	1972	1972			1973			
		Monats-durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962=100	106,7	106,6	108,7	110,1	112,7	124,0	127,4	136,7	...
Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	1962=100	121,6	124,5	125,6	125,9	126,3	134,9	135,8	138,0	...
Grundstoffpreise 25)	1962=100	105,2	108,9	111,0	111,5	112,5	121,3	123,1	127,7	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte 25)	1962=100	112,5	116,1 ^f	117,5	117,8	118,2	125,2	126,0	127,3	128,3
landwirtschaftlicher Produkte 25)	1961/63=100	106,5 ^e	118,7 ^f	117,5	117,7	120,1	120,3 ^p	122,1 ^p	123,0 ^p	124,7 ^p
*Preisindex für Wohngebäude, Bauleistungen am Gebäude 26)										
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 25)	1962/63=100	116,5 ^e	127,3 ^f	122,1	123,4	125,2	136,5	134,8	135,3	138,3
Einzelhandelspreise	1962=100	118,0	123,7	125,7	126,3	126,8	132,2	133,2	134,4	135,0
*Preisindex für die Lebenshaltung 27)										
darunter für	1970=100	105,3	111,1	112,9	113,4	114,0	119,4	120,3	121,8	122,9
*Nahrungs- und Genußmittel	1970=100	103,8	109,7	112,0	112,6	113,4	117,4	118,0	119,1	120,0
Kleidung, Schuhe	1970=100	105,9	112,3	114,5	115,1	115,4	122,4	123,7	124,2	124,5
Wohnungsmieten	1970=100	106,1	112,5	114,5	114,9	115,1	120,3	120,7	121,3	121,6
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1970=100	105,4	110,1	111,7	112,9	114,8	128,4	133,6	149,9	161,3
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1970=100	105,3	109,7	110,3	111,4	111,6	113,9	115,2	116,3	117,0
Löhne und Gehälter 28)										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	337	369	378	.	.	.	413	.	.
darunter *Facharbeiter	DM	359	390	401	.	.	.	439	.	.
*weibliche Arbeiter	DM	198	218	222	.	.	.	248	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	DM	193	210	212	.	.	.	237	.	.
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	7,48	8,32	8,54	.	.	.	9,30	.	.
darunter *Facharbeiter	DM	7,94	8,84	9,12	.	.	.	9,89	.	.
*weibliche Arbeiter	DM	4,83	5,38	5,48	.	.	.	6,12	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	DM	4,68	5,21	5,29	.	.	.	5,87	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	45,0	44,4	44,3	.	.	.	44,4	.	.
weibliche Arbeiter	Std.	41,0	40,5	40,5	.	.	.	40,5	.	.
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 638	1 792	1 839	.	.	.	2 066	.	.
*weiblich	DM	1 076	1 194	1 219	.	.	.	1 387	.	.
Technische Angestellte										
*männlich	DM	1 765	1 923	1 963	.	.	.	2 258	.	.
*weiblich	DM	1 088	1 218	1 241	.	.	.	1 348	.	.
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 412	1 533	1 564	.	.	.	1 836	.	.
*weiblich	DM	884	953	984	.	.	.	1 159	.	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 598	1 704	1 751	.	.	.	1 716	.	.
weiblich	DM	(991)	(1 112)	(1 096)
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	1 484	1 615	1 653	.	.	.	1 906	.	.
weiblich	DM	938	1 019	1 048	.	.	.	1 215	.	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 755	1 909	1 950	.	.	.	2 207	.	.
weiblich	DM	1 085	1 213	1 234	.	.	.	1 353	.	.

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

17) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 weniger als 5 Mil. DM betrug sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter

18) einschließlich durchlaufender Kredite

19) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung

20) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen

21) einschließlich Grundsteuerbeihilfen für Arbeiterwohnstätten

22) Gewerbesteuerausgleichszuschüsse abgeglichen

23) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28. 8. 1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagzahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30. 1. 1970

24) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

25) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

26) nur Neubau

27) alle privaten Haushalte

28) Effektivverdienste

d) Bestandszahlen bei Geld und Kredit: Stand 31. 12.

e) Wirtschaftsjahr 1971/72 (Juli-Juni)

f) Wirtschaftsjahr 1972/73 (Juli-Juni)

Jahreszahlen B

erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ²⁾			
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1) in 1 000	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen in 1 000	ins-gesamt	in EWG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Meldungen		Übernachtungen	
		ins-gesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau in %						ins-gesamt	Auslands-gäste	ins-gesamt	Auslands-gäste
	Mill. DM								in 1 000			
1968	24	24	29	845	1 905	545	667	1 722	2 048	238	15 602	473
1969	28	23	24	868	2 159	656	707	1 901	2 151	235	16 856	466
1970	27	21	19	889	2 166	651	664	1 880	2 256	236	18 079	489
1971	33	27	17	916	2 576	785	703	2 226	2 273	232	18 517	485
1972	33	30	15	946	3 012	823	1 082	2 686	2 238	221	18 374	488

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar-einlagen ⁴⁾ am 31. 12. in Mill. DM	Sozialhilfe			Kriegs-opfer-fürsorge
	ins-gesamt	Kraft-räder	Pkw ³⁾	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		ins-gesamt	laufende Hilfe zum Lebensunterhalt		
								Aufwand in Mill. DM		Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
	in 1 000											
1968	596	10	478	38	14 877	769	20 246	4 744	117,8	39,7	34,0	12,7
1969	636	8	516	39	15 153	778	20 619	5 295	124,8	41,4	31,7	11,6
1970	698	7	573	42	16 851	882	23 200	5 810	148,4	49,3	32,7	13,1
1971	754	6	626	44	17 233	915	23 668	6 495	175,7	59,8	36,0	17,0
1972	796	6	666	44	18 029	850	24 281	7 332	215,7	74,3	...	22,9

Jahr	Steuern								Neuverschuldung ⁵⁾			
	Steuereinnahmen			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauch-steuern	Gewerbe-steuer	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		ins-gesamt	Lohn-steuer	veranlagte Einkommen-steuer				ins-gesamt	Kredit-mittel
	Mill. DM											
1968	1 964	1 161	479	586	1 442	701	571	749	340	2 361	1 461	1 089
1969	2 308	1 354	559	805	1 649	869	586	795	409	2 431	1 580	1 100
1970	2 425	1 685	590	867	1 805	1 081	481	850	342	2 615	1 734	1 209
1971	2 730	2 096	740	967	2 060	1 367	549	904	395	2 823	1 992	1 428
1972	3 090	2 415	829	1 119	2 456	1 609	703	1 022	445	3 326	2 286	1 675

Jahr	Preisindices im Bundesgebiet					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise		für Wohn-gebäude 1962=100	für die Lebenshaltung ⁶⁾ 1962=100		Industriearbeiter ⁹⁾		Angestellte in Industrie ⁹⁾ und Handel			öffentlicher Dienst	
	indu-strieller Produkte ⁷⁾ 1962=100	landwirt-schaftlicher Produkte ⁷⁾⁸⁾ 1961/63 = 100		ins-gesamt	Nahrungs- und Genuß-mittel	Bruttowochenlohn	Bruttomonatsgehalt	Bruttomonatsgehalt ¹⁰⁾		kaufmännische Angestellte	techn. Angest.	Beamte A 9 (Inspektor)
			Männer					Frauen	Männer			
	DM											
1968	99,3	102,6	120,8	116,1	111,1	235	143	1 110	705	1 284	1 348	953
1969	101,5	106,2	127,2	119,3	114,2	259	157	1 208	758	1 398	1 449	1 021
1970	107,5	98,1	147,4	123,7	117,4	297	178	1 329	839	1 572	1 589	1 133
1971	112,5	106,5	162,7	130,4	122,6	337	198	1 484	938	1 755	1 724	1 236
1972	116,1	...	174,3	137,9	130,2	369	218	1 615	1 019	1 909	1 830	1 323

1) Errichtung neuer Gebäude

3) einschließlich Kombinationskraftwagen

6) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes

7) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

9) einschließlich Hoch- und Tiefbau

2) Fremdenverkehrsahre (Oktober des vorangegangenen bis September des bezeichneten Jahres)

4) ohne Postspareinlagen

5) ohne Kassenkredite

8) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni

10) Endgehalt, Ortsklasse A. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30. September 1973			Bevölkerungsveränderung im September 1973			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Dezember 1973 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)						
		in %							
FLENSBURG	93 611	+ 0,1	- 0,7	- 16	83	67	38	-	41
KIEL	265 441	- 0,1	- 1,3	- 75	- 60	- 135	131	3	160
LÜBECK	236 484	- 0,0	- 0,8	- 75	15	- 60	89	1	99
NEUMÜNSTER	86 491	- 0,0	- 0,0	- 18	- 15	- 33	58	-	75
Dithmarschen	133 423	- 0,1	- 0,3	- 12	- 92	- 104	65	5	74
Flensburg-Land	75 616	- 0,0	+ 0,9	- 5	- 25	- 30	34	1	44
Hzgt. Lauenburg	149 889	+ 0,1	+ 1,7	- 19	221	202	57	2	68
Nordfriesland	162 256	- 0,1	+ 0,7	- 16	- 186	- 202	71	2	87
Ostholstein	186 648	- 0,2	+ 1,2	- 57	- 379	- 436	96	5	127
Pinneberg	252 883	+ 0,1	+ 1,4	- 20	220	200	100	2	136
Plön	113 059	+ 0,0	+ 1,9	- 23	28	5	49	3	64
Rendsburg-Eckernförde	233 280	+ 0,1	+ 1,4	- 2	148	146	98	5	134
Schleswig	101 577	- 0,0	+ 0,1	- 26	- 12	- 38	34	1	43
Segeberg	186 686	+ 0,2	+ 3,5	20	439	459	99	2	148
Steinburg	132 898	+ 0,0	- 0,3	- 54	105	51	70	-	89
Stormarn	169 377	+ 0,1	+ 2,2	- 15	170	155	92	3	118
Schleswig-Holstein	2 579 619	+ 0,0	+ 0,7	- 413	660	247	1 181	35	1 507

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾				Kraftfahrzeugbestand am 1. Juli 1973		
	Betriebe am 30.11.1973	Beschäftigte am 30. November 1973		Umsatz ⁴⁾ im November 1973 in Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁵⁾	
		Anzahl	je 1 000 Einwohner			Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLENSBURG	67	9 035	97	121	26 610	24 212	258
KIEL	144	30 421	115	171	76 014	69 084	259
LÜBECK	143	29 120	123	215	62 364	55 982	237
NEUMÜNSTER	72	10 732	124	56	25 858	23 085	267
Dithmarschen	60	6 716	50	135	47 305	36 786	276
Flensburg-Land	32	1 058	14	8	29 556	22 912	304
Hzgt. Lauenburg	103	9 684	65	55	46 934	39 552	265
Nordfriesland	47	2 737	17	48	58 685	46 578	288
Ostholstein	76	6 439	34	49	60 418	50 136	269
Pinneberg	241	24 081	95	193	80 284	69 942	277
Plön	39	2 667	24	25	39 078	31 916	284
Rendsburg-Eckernförde	125	11 565	50	105	79 086	64 228	276
Schleswig	36	3 509	35	63	35 587	27 997	276
Segeberg	177	14 379	77	127	68 749	57 681	312
Steinburg	96	10 849	82	99	44 116	35 493	268
Stormarn	132	15 959	94	217	56 079	48 506	288
Schleswig-Holstein	1 590	188 951	73	1 686	836 723	704 090	274

1) nach dem Gebietsstand vom 30. 9. 1973

2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

4) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 131 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 30. Juni 1973			Offene Stellen am 30. 11. 1973 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im November 1973			*Ernten und Erträge 1973			
	in 1 000	Veränderung gegenüber			1 000 t	darunter an Meiereien geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Getreide (ohne Körnermais)		Kartoffeln	
		VZ 1961	30. 6. 1972					1 000 t	dt je ha	1 000 t	dt je ha
		in %									
Schleswig-Holstein	2 574	+ 11,1	+ 0,7	14	138,1	92,8	9,2	1 710	40,1	242	247,6
Hamburg	1 757	- 4,1	- 0,9	16	1,3	87,8	9,4	21	38,7	3	235,0
Niedersachsen	7 237	+ 9,0	+ 0,5	38	256,6	89,4	8,4	4 630	38,2	2 792	290,9
Bremen	731	+ 3,5	- 0,7	7	1,3	74,3	8,6	7	35,8	2	223,2
Nordrhein-Westfalen	17 216	+ 8,2	+ 0,3	113	195,2	91,2	9,3	3 600	43,8	1 288	287,1
Hessen	5 558	+ 15,4	+ 0,8	41	90,7	82,9	9,1	1 656	40,2	928	225,2
Rheinland-Pfalz	3 698	+ 8,2	+ 0,4	19	65,9	82,1	8,8	1 379	36,7	938	226,3
Baden-Württemberg	9 211	+ 18,7	+ 1,0	69	193,0	76,1	9,0	2 292	39,7	1 756	300,0
Bayern	10 816	+ 13,7	+ 0,7	68	513,8	88,2	8,9	5 144	39,5	5 544	305,6
Saarland	1 116	+ 4,0	- 0,5	3	8,4	77,2	10,0	164	37,9	183	258,8
Berlin (West)	2 053	- 6,6	- 1,0	14	0,3	24,0	15,0	3	29,9	2	244,4
Bundesgebiet	61 967	+ 10,3	+ 0,5	402	1 464,6	87,0	8,9	20 604	39,8	13 676	284,6

Land	Industrie ¹⁾					Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im September 1973			
	Beschäftigte am 31. 10. 1973		Umsatz ²⁾ im Oktober 1973		Produk- tions- index 3) 1962=100 im Oktober 1973	Beschäftigte am 30. 9. 1973		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Mill. DM	Aus- lands- umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	190	74	1 539	13	192	60	23	1 784	6,9	1 808	7,0
Hamburg	193	110	2 092	16	128	43	25	1 078	6,1	1 391	7,9
Niedersachsen	786	108	6 237	24	169	176	24	6 823	9,4	6 008	8,3
Bremen	102	140	1 040	12	.	21	28	412	5,6	626	8,6
Nordrhein-Westfalen	2 599	151	20 238	22	161	376	22	12 779	7,4	12 249	7,1
Hessen	744	133	4 855	24	188	140	25	5 153	9,2	2 794	5,0
Rheinland-Pfalz	411	111	3 501	25	274	88	24	2 733	7,4	2 068	5,6
Baden-Württemberg	1 591	172	10 680	22	189	246	27	8 079	8,7	11 970	13,0
Bayern	1 408	130	9 031	19	.	303	28	9 066	8,4	8 045	7,4
Saarland	169	151	1 053	35	.	23	20	769	6,9	480	4,3
Berlin (West)	236	115	1 686	10	165	42	21	1 975	9,6	2 555	12,5
Bundesgebiet	8 429	136	61 932	21	182	1 518	24	50 651	8,2	49 994	8,1

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. Juli 1973			Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im Oktober 1973				Bestand an Spar- einlagen am 31. 10. 1973 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt	Pkw ⁵⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner								
	in 1 000			in DM je Einwohner							
Schleswig-Holstein	837	704	274	1 503	60	1 918	132	2 837	268	335	92
Hamburg	537	488	278	1 044	19	1 358	132	5 346	460	2 215	203
Niedersachsen	2 368	1 974	273	3 822	214	5 149	140	3 476	276	280	101
Bremen	217	195	267	441	7	542	124	4 062	356	1 196	181
Nordrhein-Westfalen	5 160	4 586	266	8 472	297	11 226	136	4 029	322	458	121
Hessen	1 909	1 640	295	3 100	134	4 307	143	4 528	340	449	147
Rheinland-Pfalz	1 249	1 025	277	1 919	98	2 696	146	3 683	270	304	105
Baden-Württemberg	3 130	2 636	286	4 433	254	6 425	151	4 187	327	452	126
Bayern	3 744	2 985	276	5 434	302	7 480	143	4 209	316	380	122
Saarland	336	297	267	5 25	26	706	139	3 418	273	275	75
Berlin (West)	501	454	221	1 221	28	1 562	130	3 623	227	660	106
Bundesgebiet	20 072 ^{a)}	17 023 ^{a)}	274	31 914	1 439	43 369	140	4 007	313	470	121

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

3) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

4) ohne Bundespost und Bundesbahn

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

7) ohne Postspareinlagen

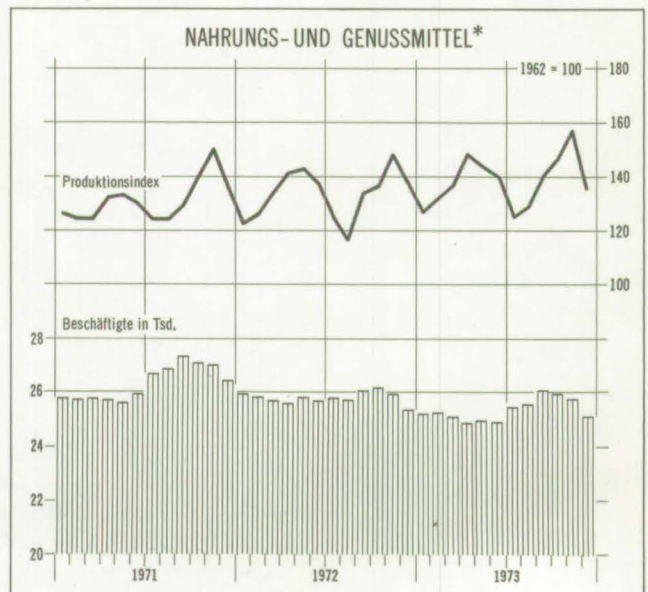
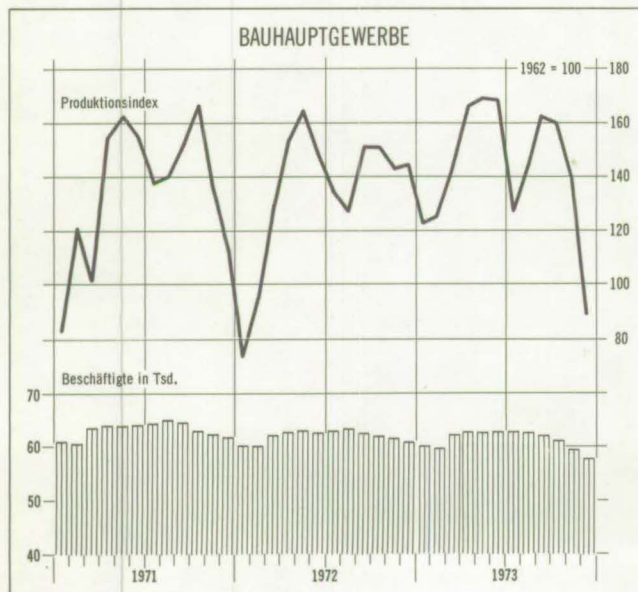
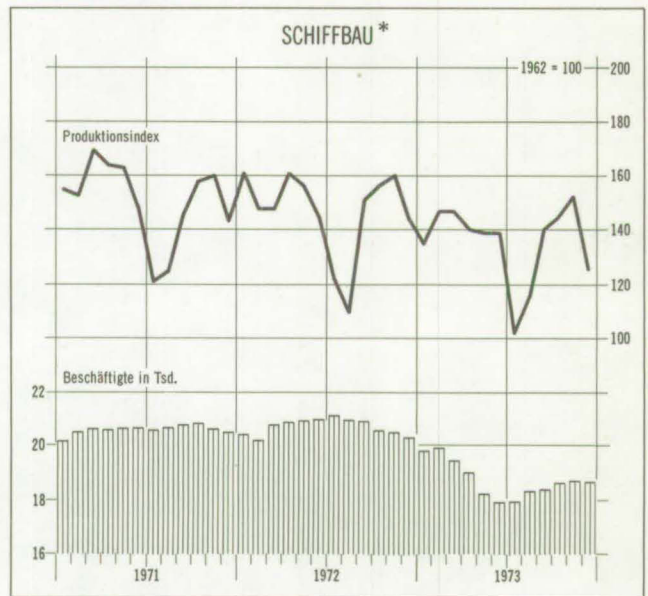
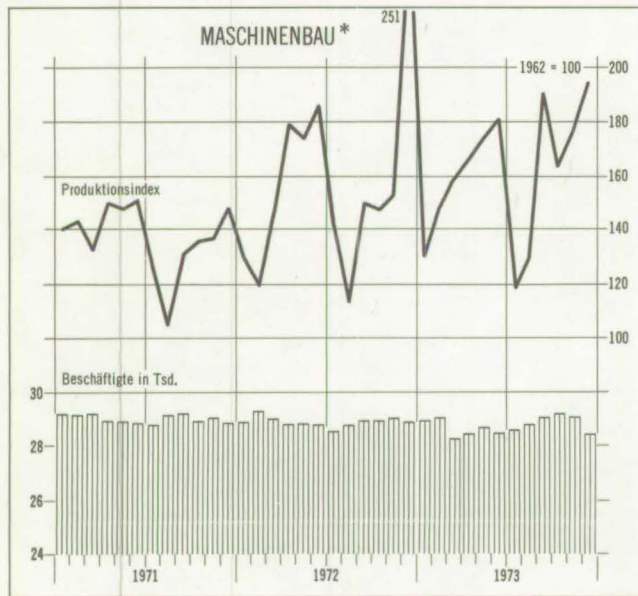
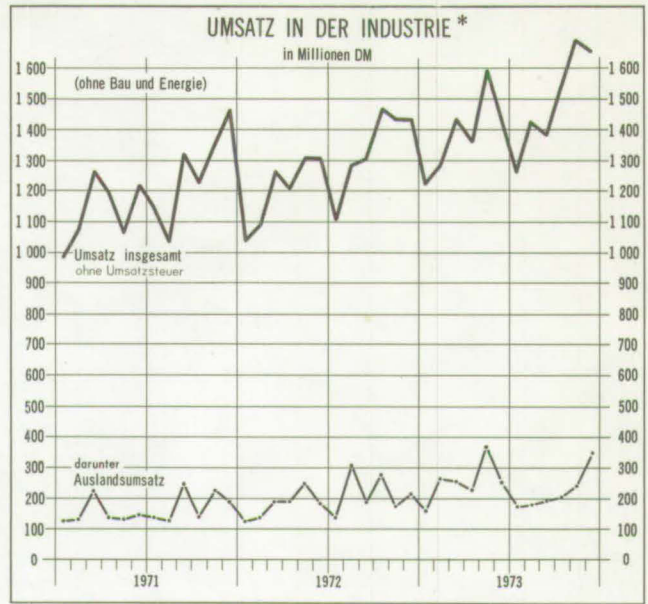
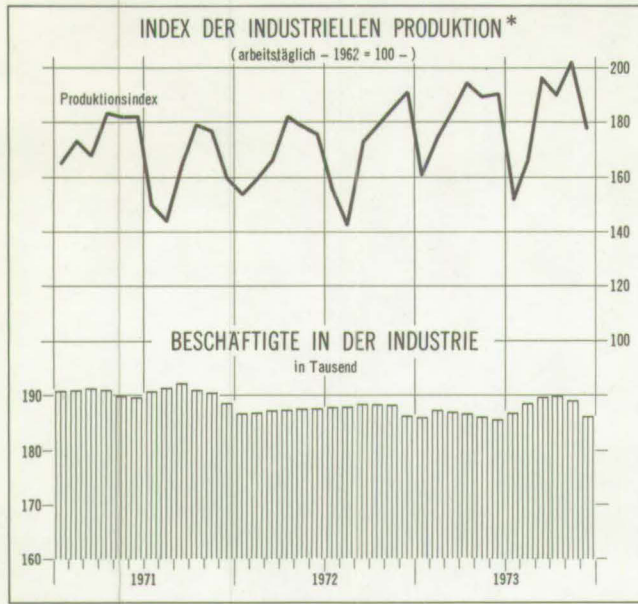
a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundesbahn und -post

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

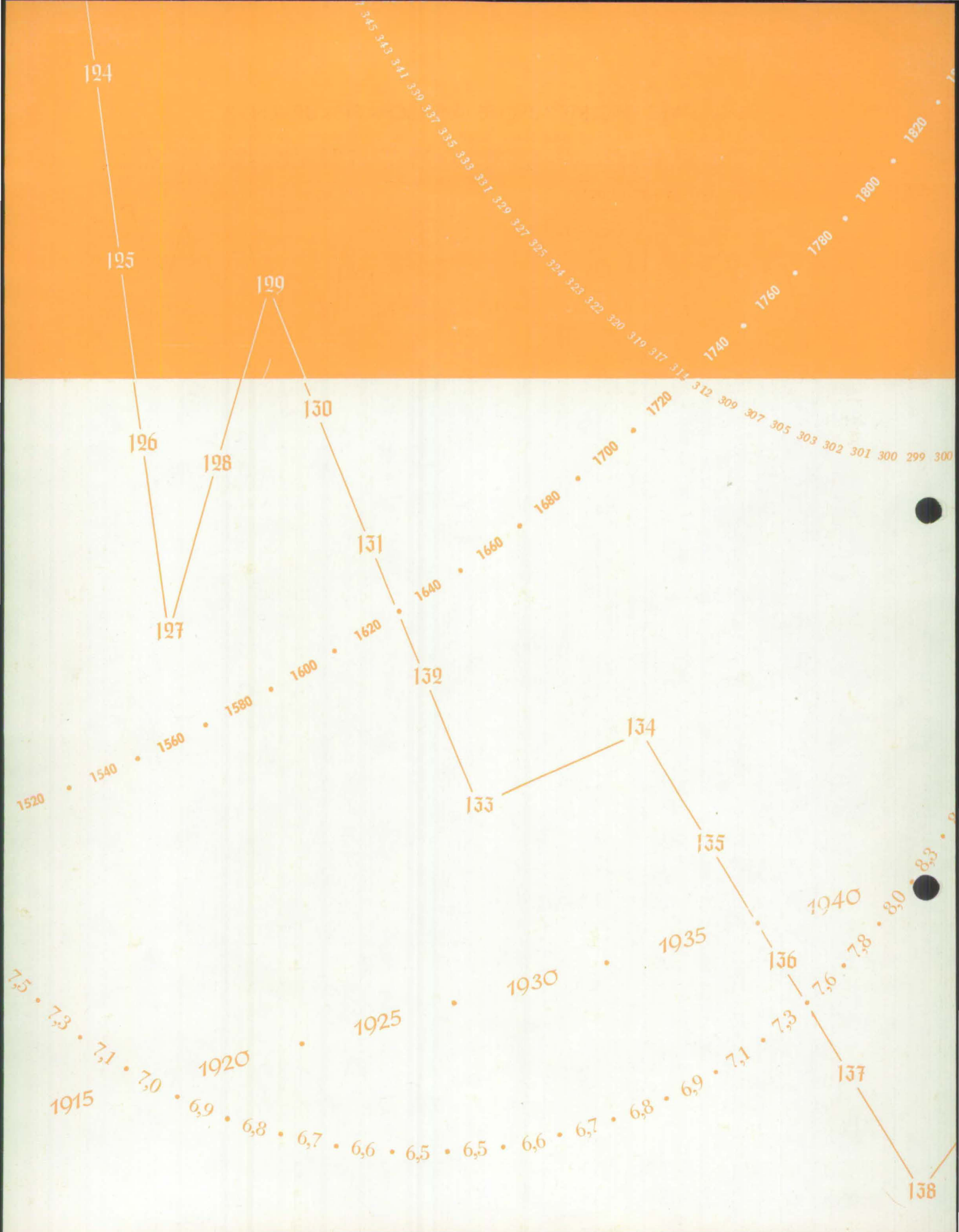
	Heft/Seite
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Betriebssysteme Landwirtschaft	1/9
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Auftragslage im Baugewerbe	1/18
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	
Bruttoinlandsprodukt, Kreise	1/3

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die „Wirtschaftskurven“ A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeiterverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.



*) Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach 11 41; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11
 Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheya
 Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21 — Auflage: 750
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM
 — Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —
 Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen